

Bezugssorte
monatlich R.
in der Geschäftsstelle 700.—
in den Ausgabestellen 750.—
durch Zeitungshändler 800.—
am Postamt 990.—
aus Ausland 100 deutsche M.

Bezirksleiter:
2275 311.

Teil.-Adr.: Tageblatt Posen

Postlicheftkonto für Posen: Nr. 200 283 in Posen.
Postlicheftkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Wer höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausübung hat der Bezirksleiter keinen Antrag auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Erscheint
an allen Werktagen.

Anzeigepreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens . . . 50.— M.
Reklameteil 180.— M.
Siel-Gejüch und
Angebote . . . 40.— M.

Für Aufträge { Millimeterzeile im Anzeigenteil 10.— d. M.
aus Deutschland . . . 12.— d. M.
Reklameteil 36.— d. M.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Deutscher Wähler in der Stadt Posen!

Du wählst am 5. November die Liste
! 2 !

Warum? Lies:

2



2



Jede vernünftige Handlung soll einen Zweck haben. Welcher Zweck wird erreicht, wenn die deutschen Wähler in der Stadt Posen am Sonntag, dem 5. November, bei den Sejmwahlen, für die Liste 16, die deutsche Liste, stimmen, wie bisher beabsichtigt war? Ihre Stimmen fallen unter den Tisch. Dass in Posen selbst auch nur ein einziger deutscher Kandidat durchkommt, ist nach Lage der Dinge ausgeschlossen, und die auf Mundtotmachung der schwächeren Parteien berechnete Wahlauswahlung hat zur Folge, dass auch die Besetzung der Abgeordnetenplätze nach der Staatswahlliste von den paar Tausend deutschen Stimmen in Posen ganz unbeeinflusst bleibt. Hat es unter solchen Umständen für die deutschen Wähler in der Stadt Posen überhaupt einen Zweck, sich an der Wahl zu beteiligen?

Wenn die Deutschen Polens am 5. November wählen, dann — so könnte man sagen — zeigen sie dadurch ihr Interesse an dem öffentlichen Leben in Polen, ihre Bereitschaft, am Aufbau des Staates mitzuwirken und ihrer Staatsbürgerschaft nachzukommen. Und wenn sie in möglichst großer Zahl ihre Stimmen für die Liste 16, die deutsche Liste, abgeben, so führt das zu einer Art Heerschau, zu einer Zählung der deutschen Stimmen, zu einer Kundgebung des Deutschtums.

Können wir unsere deutschen Stimmen nicht besser verwenden?

Wir haben bei der Wahl selbst zwei Ziele. Das erste Ziel muss sein: so viele deutsche Abgeordnete als irgend möglich in den Sejm hineinzubringen. Das zweite: unsern politischen Hauptgegner soviel als nur irgend möglich ist, zu schwächen.

Wer unser politischer Hauptgegner ist, darüber kann kein Zweifel sein. Es ist die Partei des „Kurjer Poznański“, die Nationaldemokratie, die Partei, die jetzt, nachdem sie sich für die Wahlen mit anderen „nationalen“ und „christlichen“ Parteien verbunden hat, die „Hyäne“ geworden ist, die alle andern Parteien bekämpft und von allen andern Parteien bekämpft wird. Sie ist unser Hauptgegner, weil sie das stärkste Hindernis bildet für die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten, weil ihre „nationale“ Politik an sich schon eine den nationalen Minderheiten feindliche Politik ist. Wer das „Posener Tageblatt“ liest, der weiß, mit welchen Waffen der „Kurjer Poznański“, der „Dziennik Poznański“, der „Postęp“ und ähnliche Blätter die deutschen Sejmabgeordneten angreifen, und welche dicken Wollen übelstrichender giftiger Haßgase dort die Lust verpesten, wo solche nationaldemokratisch-hyäniistischen Tageszeitungen wie Herr Kierski das Wort und die Feder führen. Hier steht der Feind!

Können wir mit unseren Stimmen die Durchbringung eines deutschen Kandidaten nicht erreichen, so müssen wir versuchen, mit diesen sonst unter den Tisch fallenden Stimmen dem Hauptfeind einen Sitz im Sejm abzujagen. Das können wir nur dadurch erreichen, dass wir eine andere polnische Partei unterstützen, so dass unsere Stimmen, mit den Stimmen dieser Partei zusammengezählt, die Möglichkeit schaffen, dass ein Sitz, der sonst der Nationaldemokratie zufiele, in die Hände dieser andern Partei fällt.

In Betracht kommen nur zwei Parteien, — die beiden Arbeiterparteien: Die nationale Arbeiterpartei (N. P. N.) und die Sozialdemokratie (P. P. S.). Die nationale Arbeiterpartei scheidet aus, da sie, obwohl sie freilich vor einigen Wochen behauptete, sie wäre bereit, gegen alle Arten von Ausnahmegesetzen einzutreten, in der Praxis sich schon sehr oft als ausgesprochen minderheiteneindlich gezeigt hat. Wo sich auf dem Lande Krawalle gegen die deutschen Gutsbesitzer und Pächter ereigneten, da waren fast überall unter den Krawallstiftern Mitglieder der nationalen Arbeiterpartei (siehe Samter), und Mitglieder dieser Partei gehörten zu den treibenden Kräften bei den betrüblichen Vorgängen in Ostrów im Sommer 1921. Es muss auch daran erinnert werden, dass an der Spitze dieser Partei soche Leute stehen, wie Herr Wachowiak, der seinerzeit, als er noch im hiesigen Teilgebietministerium wirkte, ausdrücklich die Deutschen als unerwünschtes Element und ihre baldige Entfernung als erstrebenswertes Ziel bezeichnete. Es ist also klar, dass wir diese Partei nicht unterstützen können.

So bleibt übrig: die Sozialdemokratie, von der erwartet werden kann und erwartet werden muss, dass sie dem von ihr in der Theorie vertretenen Grundsatz der vollen Gleichberechtigung aller Gruppen der Bevölkerung auch in der Praxis treu bleiben und im Sejm alle Ausnahmegesetze, also auch etwaige Ausnahmegesetze gegen die nationalen Minderheiten, nachdrücklichst bekämpfen wird.

Die sozialdemokratische Liste hat die Nummer 2. Nur diese Nummer gilt also für die deutschen Wähler der Stadt Posen. So hat der deutsche Wahlauschluss beschlossen, und diesem Beschluss gemäß zu handeln, ist moralische Pflicht der deutschen Wähler in Posen. Handeln sie anders, dann erreichen sie nichts, als eine Zerstörung der deutschen Stimmen.

Anders liegen die Dinge in der Provinz. Hier heißt es nach wie vor: geschlossen eintreten für die deutsche Liste, die Liste 16.

Die deutsche Wahlparole für den 5. November ist also:

Stadt Posen: Liste 2!

Provinz: Liste 16!

Deutscher Wähler in der Provinz!

Du wählst am 5. November
die Liste 16!

16

16

Republik Polen.

Die bisherigen Erfolge der Goldanleihe.

Warschau, 25. Oktober. Der „Express Vorannte“ gibt aus einer Unterredung mit dem Direktor des Kreditdepartements im Finanzministerium, Stachiewicz, folgende Einzelheiten über die erste Strophe der Subskriptionen der Goldanleihe wieder: „Die Goldanleihe“, sagte Direktor Stachiewicz, entwickelt sich günstig, wenn sie auch noch nicht den Höhepunkt erreicht hat, was im Laufe der nächsten Tage der Fall sein wird. Meistens deklarieren die Banken hohe Beiträge, bewerben aber wenig in Wahrheit. Es sind Declarationen gemacht in Höhe von 120 bis 200 Millionen Mark. Die Propaganda auf dem Lande beginnt in der nächsten Woche. Erhebliche Dienste werden in dieser Richtung Vereine und Personen leisten, die mit dem Lande in unmittelbarer Verbindung stehen, wie z. B. landwirtschaftliche Vereinigungen und die Volkschulehrer. Auch aus deutschen, französischen, amerikanischen und italienischen Bankkreisen erhalten wir Anfragen über die Anleihe. Bis jetzt sind zwei Milliarden gezeichnet worden.

Auslandsbestellungen auf die polnische Goldanleihe.

Warschau, 27. Oktober. Am Mittwoch sind nach Informationen des „Kurier“ bei Warschauer Banken größere Bestellungen auf die Goldanleihe aus dem Ausland eingelaufen. Man berechnet die Auslandsbestellungen gegenwärtig auf mehr als 100 Millionen.

Die französische Presse empfiehlt die polnische Goldanleihe.

Die französische Presse kommentiert lebhaft die Informationen aus Polen über die neue Goldanleihe. Alle Blätter geben genaue Anleihebedingungen an und stellen fest, daß sie eine sehr günstige Kapitalsanlage ist. Der „Tempo“ schreibt, daß der Versuch der polnischen Regierung, aus dem durchscheinenden circulus vitiosus der Inflation herauszukommen, für alle Länder mit niedriger Valuta eine ungeheure Bedeutung hat. Die Initiative der Goldanleihe hat also internationale Bedeutung. Alles deutet darauf hin, daß die Reaktion der Anleihe sehr günstig sein wird.

Die „Agence Economique et Financière“ meldet aus Warschau, daß bald nach der Bezeichnung der Anleihe eine Erhöhung des Kurses der polnischen Mark erfolgen und die polnische Mark sich der deutschen Mark angleichen wird. — „Eclair“ betont die Vorteile der Anleihe für die Bezieher. — „Radical“ nimmt zu der wirtschaftlichen Lage Polens Stellung und bemerkt, daß die polnische Nation ein immer intensiveres Leben führt und ihre Kräfte von Tag zu Tag wachsen. Deshalb kann man ruhig in die Zukunft schauen, umso mehr, als die gegenwärtigen Schwierigkeiten vorübergehender Natur sind.

Die Postsparkasse nimmt 1½ Milliarden Goldanleihe.

Warschau, 27. Oktober. Die Postsparkasse hat beschlossen, 100 Millionen der achtprozentigen Goldanleihe in Höhe von 1½ Milliarden Mark zu kaufen.

Vorberatungen für den neuen Haushaltsvoranschlag

Warschau, 26. Oktober. Am Montag fand im Budgetdepartement des Finanzministeriums eine Konferenz über die Aufstellung des Haushaltsvoranschlags für das Jahr 1923 sowie darüber statt, in den Voranschlag gewisse Grundsätze einzuführen, die bei den jüngsten schwankenden Valutaverhältnissen ermöglichen sollen, den Haushaltssplan so festzustellen, daß er der Wirklichkeit möglichst entspricht. In erster Linie ist die Aufstellung der Personalausgaben berührt worden. Nach erprobender Aussprache hat man sich dahin geeinigt, daß als Berechnungsgrundlage auf diesem Gebiete die Gehälter der Staatsfunktionäre im Oktober d. J. zu nehmen sei.

Die Herstellung des Metallgeldes.

Warschau, 26. Oktober. Die „Myczekowita“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Baudirektor der graphischen Anstalten über die Einführung von Metallgeld in Polen. Die Vorbereitungsarbeiten hierzu scheinen vorwärts. Die Präzisionsmaschinen sind schon bestellt worden, und ein Teil wird demnächst in Warschau eintreffen. Auch ein provisorisches Modell ist bereits hergerichtet worden. Die Einführung von Metallmünzen ist einerseits durch die Abnahme des Papiergebels bis zu 100 Mark bestimmt, andererseits bereitet die Herstellung der neuen Scheine wegen der Arbeitsüberlastung der staatlichen graphischen Anstalten große Schwierigkeiten. Die Kosten der Prägung der Metallmünzen werden nicht mehr betragen als die Kosten des Drucks von Banknoten. Metallgeld wird nicht eingeführt werden, weil der hohe Niedelpreis der Einführung hinderlich ist. Die Einführung von Metallmünzen im Werte von mehr als 100 Mark ist nicht vorgesehen.

Der polnisch-österreichische Handelsvertrag.

In den nächsten Tagen wird der Austausch der Ratifizierungsurkunden des polnisch-österreichischen Vertrages in Warschau erfolgen. Der Vertrag soll 10 Tage nach dem Austausch der Urkunden in Kraft treten.

Ein polnisch-tschechischer Schulskandal.

Warschau, 25. Oktober. Mit Beginn des neuen Schuljahres im tschechischen Schlesien ist auf Anordnung des Starostwo in der polnischen Schule in Zukowo ein Zimmer für den tschechischen Unterricht mit Besitz verliehen worden. Die Mütter der polnischen Kinder versammelten sich, als sie davon erfuhrn, vor dem Schulgebäude, in dem die tschechischen Kinder nicht in die Schule zu lassen (sic!). Sie wurden durch Gendarmen auseinandergetrieben. Gegen alle ist Strafverfahren wegen Hervorrufung von Unruhen angestrengt worden. — Und was sagt man zu den Verhältnissen in Oberschlesien, wo deutsche Eltern durch Terror verhindert haben, sich für die deutsche Schule zu erlären, wo deutsche Kinder zur Polonisierung in polnische Schulen vertrieben werden. Aber freilich, es handelt sich um Deutsche. Und Deutsche sind keine Menschen, so lehrt nach französischem Vorbild aus der Kriegszeit die „Cheno“ (S. 8).

Ein Spanier vermittelt zwischen Polen und Litauen.

Gens, 25. Oktober. Der spanische Generalkonsul in Brüssel, M. Saura, ist hier eingetroffen, nachdem er die ihm vom Völkerbund vertraute Mission in der zwischen Polen und Litauen stehenden neutralen Zone erfüllt hat. Es handelt sich nämlich darum, an Ort und Stelle den Verlauf einer etwaigen provisorischen Demarkationslinie, die die gegenwärtig existierende neutrale Zone erneut zu prüfen. Saura hat die ganze neutrale Zone besichtigt und ist mehrfach sowohl in Nowo, als auch in Warschau von den Regierungsbehörden empfangen worden. Gegenwärtig bereitet Saura einen Bericht über seine Mission vor, der höchst wahrscheinlich in der nächsten Session des Völkerbundsrates vorgelegt werden wird.

Personalnachrichten.

Am Mittwoch abend fand in der englischen Gesandtschaft ein Abschiedsessen für den früheren polnischen Außenminister Skruman statt. Skruman reiste in der kommenden Woche nach London, um dort seine Amtsgeschäfte als Gesandter Polens zu übernehmen.

Stellvertretender Innenminister soll nach einer Information des „Kurier“ der Direktor des Departements für öffentliche Sicherheit, Stefan Urbanowicz, werden.

Im Innenministerium soll eine besondere Abteilung für oberösterreichische Angelegenheiten gebildet werden. Im Zusammenhang

damit finden innerhalb des Ministeriums Sonderkonferenzen statt, um die Befugnisse der geplanten Abteilung festzulegen.

Der neue polnische Geschäftsträger in Prag, Karol Bader, weilt für einige Tage in Dienstangelegenheiten in Warschau. Keine Misstände in der polnischen Gesandtschaft in Helsingfors. Angesichts der in einem der Warschauer Blätter (und auch von uns) veröffentlichten Nachricht über die Aufdeckung von Misständen in der polnischen Gesandtschaft in Helsingfors stellt das Außenministerium fest, daß die oben angeführte Nachricht ganz und gar nicht der Wahrheit entspricht. Der Gesandtschaftswechsel in Helsingfors ist auf normalem Wege erfolgt.

Polen auf der internationalen Arbeitskonferenz. Im Hauptausschluß der vierten internationalen Arbeitskonferenz in Genf nimmt Polen die dritte Stelle ein. In den Emigrationsausschüssen sind drei Polen gewählt worden. Die polnischen Delegierten fungieren in engem Einvernehmen mit den Vertretern der kleinen Entente und den baltischen Staaten.

Erhöhte Beihilfe für Berufsschulen. Im Sinne eines besonderen Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung ist der Magistrat der Stadt Warschau ermächtigt worden, die Summe der Subsidien für die Berufsschulen von 2½ Millionen Mark auf 10 Millionen für das erste Halbjahr des Schuljahrs 1922/23 zu erhöhen.

Neue Telegraphenlinie Posen-Kattowitz. Das Post- und Telegraphenministerium plant die Einrichtung eines neuen telegraphischen Anschlusses Posen-Kattowitz, der eingerichtet werden soll, falls es die atmosphärischen Bedingungen gestatten. Die Bauarbeiten sollen noch im Herbst beginnen. Außerdem wird das Ministerium den Ausbau der Telephonzentrale in Kattowitz in Angriff nehmen, da die jetzige Station infolge kleinen Umanges nicht gehörend funktionieren kann. Die Kosten des Umbaus werden 11 Millionen deutsch Mark betragen.

Erhöhung der Preise für Zigaretten und Tabak. Vom 1. November ab werden die Preise für Zigaretten um 50 Prozent, für Tabak um 57 Prozent erhöht.

Suchen nach einem Maßstab für Steuerberechnung. Am Donnerstag fand im Finanzministerium unter Leitung des Ministers Faistrowski eine Konferenz statt, in der zu der Frage der Einführung einer ständigen Berechnungseinheit für die Bemessung bzw. Einziehung der direkten Steuern Stellung genommen wurde.

Das polnisch-deutsche Grenzabkommen. Der „Dziennik Ustaw“ bringt den vollen Text des polnisch-deutschen Abkommens in Sachen des Grenzvertrags. Das Abkommen betrifft die ständigen Einwohner des beiderseitigen Grenzstreifens längs der ganzen polnisch-deutschen Grenze mit Ausnahme der öberschlesischen Grenze und umfaßt Erleichterungen im Personen- und Warenverkehr.

Das Verhältnis der Kirche zum Staat. Im Präsidium des Ministerrates haben die Beratungen über das Verhältnis der Kirche zum Staat begonnen. Es sind die mit den für die Kirche bestimmten Beschränkungen, der Besoldung der Geistlichen, den Kirchengütern und dergl. verbundenen Fragen berührt worden. An den Beratungen nehmen seitens der Regierung Ministerpräsident Nowak, der Kultusminister, der Innena- und der Außenminister, der Justizminister, der Minister für öffentliche Arbeiten, der Landwirtschaftsminister und der Vorsitzende des Hauptlandamtes teil. Die Geistlichkeit ist durch Kardinal Dalbor, Erzbischof Teodorowicz, Bischof Ulman, Przezdziecki und Lozynski vertreten.

Renovierung des Sejmgebäudes. Unabhängig vom Umbau des Sejmgebäudes wird zu gleicher Zeit auch das Sejmgebäude renoviert. Einige zu große Räume werden geteilt, um eine größere Anzahl von Klubräumen zu erhalten. Die Renovierungsarbeiten werden ungefähr 6 Wochen in Anspruch nehmen.

Der Gedalprozeß.

Der dritte Verhandlungstag.

Lemberg, 26. Oktober. Am dritten Tage der Verhandlung gegen die ukrainischen Attentäter wurde das Verhör des Hauptangeklagten Gedal fortgesetzt. Der Angeklagte sprach in umfassender Weise die Täglichkeit der Organisationen „Kumo“ und „Wola“. Im weiteren Verlauf seiner Aussagen änderte der Angeklagte seine früheren Aussagen infosofern, als er nun erklärte, daß er keinen Anschlag auf den Staatspräsidenten geplant habe. Auf die Frage des Staatsanwalts, weshalb er das polnische Mickiewicz-Gymnasium besucht habe, erklärte er, daß es der Wille seines Vaters gewesen sei. Weiter erklärte Gedal, daß er in der Armee Petljura gedient habe, da Petljura sich der Sympathie des ukrainischen Volkes erfreute; er habe jedoch nicht Petljura, sondern die ukrainische Regierung gedient. Dann wurden dem Angeklagten von den Verteidigern verschiedene Fragen gestellt. Nach Verlesung der Geheimdokumente der „Kumo“ und „Wola“ sowie der Bekanntgabe der schwärgen Liste dieser Organisationen, in der an erster Stelle den Namen des zweijährig danach ermordeten Redakteurs Twierdowski steht, schritt man zur Verlesung des Wortlautes der von den Mitgliedern der Geheimorganisationen abgegebenen Eide. Die erstgemachte Aussage Gedals über den Staatsstreit in Ostgalizien, die feststellte, daß er für das Frühjahr 1920 vorbereitet war, zog der Angeklagte in der Verhandlung zurück, indem er ausführte, daß dieser Abschluß in dem Protokoll eine willkürliche Stilisierung des Untersuchungsrichters sei. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die Absicht hatte, den Wojewoden Grabowski zu töten, antwortete Gedal: Ich kann nicht sagen, daß ich ihn durchaus töten wollte, ich wollte nur einen Mord manifestieren und deshalb zielte ich mit Absicht nach der Schulter. Ich schaß deshalb dreimal, weil sonst bei einem Schuß niemand darauf aufmerksam geworden wäre. Den vierten Schuß richtete ich gegen mich selbst, da ich mir das Leben nehmen wollte. Gedal bestreite die an dieser Stelle verleugnete Aussage des Angeklagten Szylk, daß der Vater des Staatspräsidenten und des Wojewoden Grabowskis das Vorsichtswort für den ukrainischen Aufstand sein sollte, der von der durch die Tschechoslowakei nach Galizien marschierenden Armee Petruszewiczs unterstützt werden sollte. Er gibt jedoch zu, daß er am 1. Juli 1920 auf einer Versammlung, für die in der Anklageschrift erwähnten Resolutionen, die das Merkmal des Staatsverrats tragen, gejagt habe. In der Versammlung waren auch Kommunisten anwesend.

Der vierte Verhandlungstag.

Lemberg, 27. Oktober. Am vierten Verhandlungstage legten zunächst die Verteidiger dem Hauptangeklagten einige Fragen vor. Da jedoch eine Reihe von Fragen demonstrativen Charakter trug und in gar keinem Zusammenhang mit dem Prozeß stand, unterbrach der Vorsitzende die Befragung des Angeklagten. Man ging darauf dazu über, den zweiten Angeklagten Szylk zu verhören. Auf eine Frage des Vorsitzenden gibt der Angeklagte zu, daß der Kommissar, der die erste Untersuchung leitete, mit ihm sehr gut umgegangen sei. Gegenüber der Widerufung der ersten Aussagen Szylks bemerkte der Vorsitzende, daß es geradezu ausgeschlossen sei, daß Szylk bei der Untersuchung Einzelheiten, die ihm so erheblich belasteten, so leicht bestätigen konnte. Im weiteren Verlauf der Verhandlung werden Karten verlesen, die Gedal in der Gefängniszelle an seine Mitangeklagten geschrieben hat. Diese Karten hat die Gefängnisverwaltung angenommen. Auf einer dieser Karten rät Gedal dem Ankläger Holubowicz, wie er sich bei der Untersuchung aus der Pleme

zugehen wolle. Eine Sensation rief die Bekanntgabe einer sogenannten Szylk an einen der Angeklagten, in der er anfragt, ob er durch seine Aussagen das Schicksal seiner Geschwister verschlechtert, und ob er dadurch weitere Verhaftungen verursacht habe. Weiter fragt er an, ob die russische Bevölkerung über seine Aussagen entrichtet sei. Dazu schreibt Szylk, daß er nach Verlassen des Gefängnisses seine Schule durch Twierdowski reinwaschen müsse und fragt sich, ob er das Gift, das ihm seine Mutter, die von den Aussagen erfährt, angeblich geben wollte, nehmen solle. Der Vorsitzende stellt fest, daß tatsächlich infolge der Aussagen Szylks die Verhaftung von vielen Personen erfolgt zu haben. Nach Verlesung seiner umfangreichen Aussagen wird die Verhandlung auf Freitag vertagt.

Überlastung der ostgalizischen Staatsanwaltschaft mit politischen Strafsachen.

Warschau, 26. Oktober. Der vom Justizminister nach Ostgalizien entsandte Richter Edward Lorenc suchte ein Bolek ist nach Warschau zurückgekehrt und hat dem Minister Wasowicz einen eingehenden Bericht über den Stand der auf politischen Untergründen in Ostgalizien entstandenen Strafanlagen gegeben. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Aktivität der Staatsanwaltschaft trotz Arbeitsüberlastung (sic!) vollkommen den Interessen des Staates und der Verdikter entgeht.

Terrorismus der ukrainischen Kampftruppe.

Am Tage des Begegnisses des einen der Attentäter von Ruthenischer Seite zum Ober geistlichen Redakteur Twierdowski wurde in Lemberg im Restaurant des Krakauer Hotels dem Redakteur des „Monjaz Kraj“ von einem Mann ein Brief übergeben, der ein Todesurteil enthielt. Untertrieben war der Brief von der ukrainischen Kampftruppe und schloß mit den Worten „Tod den Verlätern“.

Man sieht, wie gefährlich trotz aller Ablehnungen die Lage in Ostgalizien ist. Die ukrainische Irredenta stellt eine bedeutende Macht dar und macht den polnischen Behörden und Gerichten viel zu schaffen. Neulich wurde auch gemeldet, daß man mit der Verbiegung alter Dörfer, in denen Umgebung Ausschreitungen vorkommen, droht; der Ministerpräsident jedoch hat sich dagegen ausgesprochen, da derartige Maßnahmen nur geeignet seien, die friedliche und schuldsfreie Bevölkerung, die ebenfalls unter den Ausschreitungen und Überfällen der Irredentisten zu leiden habe, zu belästigen. Eigentümlich berührt es, daß Pat. in einer Meldung der deutschen Presse den Vorwurf macht, ihre Angaben über den Aufstand in Ostgalizien enthalten jeder Unterlage, und drückt nur ihre stromen Wünsche aus. Ein solcher Vorwurf kann ursprünglich fast lassen, da die Warschauer deutschen Presseberater unser volles Vertrauen genießen und wir keine Ursache haben, derartige Tatsachen zu verheimlichen. Denn diese unangenehmen Ereignisse sind hauptsächlich eine Folge der Politik des Nationalen Volksverbandes „Chjena“, der im Verfassungsausschuß am 24. September den Antrag seines Abg. Gladkowsky durchdrückte und den Ukrainer die nationale Selbstverwaltung nahm. Beim ersten Antrag sei auch, daß diese ukrainische Irredenta sich nicht an den Minderheitenblöck angeschlossen hat, sondern ihn bekämpft, was der beste Beweis dafür ist, daß der Minderheitenblock keine staatsfeindlichen Ziele verfolgt.

Vor den Sejmwahlen.

Wahlhumor.

Der „Kurier Polski“ gibt folgenden Beitrag zum Wahlhumor: Kommt mein Dienstmädchen ins Zimmer und sagt: Ach, Herr, man wird die Verlosung (losowanie), statt glosowanie = Abstimmung sein? — War gestern. Hat Olesja eine Milionówka? — Nein, ich spreche von der Verlosung, die in paar Wochen sein soll, wo alle losen sollen... — Glosowanie (Wählen)... — Ach ja, sie sagen, daß Bildungsrichtung sein wird. — Nein, Olesja, zuerst werden die Abgeordneten gewählt, und dann wählen die Abgeordneten den Präsidenten. — Da weiß ich nicht... Wir haben sie gesagt, man soll Nummer acht ziehen. — Warum? — Weil Haller da ist, und unter Haller z. B. der Speck 5 Mark das Pfund kostete... — Was heißt da, Olesja, „unter Haller“? War er in der Regierung oder im Sejm? Wie verstehen das die Leute? — Ich weiß nicht, sie sagen halt: unter Haller... — Aus der weiteren Unterredung geht hervor, daß das aber auch alles ist, was Olesja von den Wahlen, vom Sejm, vom Präsidenten der Republik weiß... Ihre Bekannten wissen aber auch nicht mehr. Und viele Wähler, vielleicht die Mehrzahl, wissen nicht mehr.

Was Wunder, wenn die Agitationsmethoden, die der Psycho-Logie und dem Bildungsgrad der Leute angepaßt werden, so sind, wie sie sind? Und wie sie sind, das kann man erfahren, wenn man verschiedene Wahlausweise und Flugblätter liest. In den Zeitungen gibt es mehrere Skrupel, aber in diesen Papierstückchen, da sieht man erst, wie zum Volk gesprochen wird. Zum Beispiel: Wer für die Liste Nr. 8 stimmt, der zieht sich und Polen sämtliche 8 Segnungen des Gimnasia zu. Das soll die Bisher 8 bezeichnen. Oder folgender nicht schlechte Witz von Seiten der „Chjena“: Wer den 8 stündigen Arbeitstag will, der stimmt für die Liste Nr. 8. Der Krakauer „Kaprojekt“ druckt auf der ersten Seite: Mann und Frau zu zweien mögen stimmen für die 2. Ich schlage der Staatsunion (Liste 10) vor, Flugblätter folgenden Inhalt zu verteilen: Wer die 10 Gebote achtet, der stimmt für die 10. Oder: Die einen verteidigen die Bourgeoisie (8), die andern den Arbeiter (2), und wir wollen ganz Polen verteidigen. Denn 8 + 2 ist 10, also stimmt für 10.

Wojewodschaft Schlesien.

Der Stand des Volkschulwesens.

Kattowitz, 25. Oktober. Der Volkschulleiter in der schlesischen Abteilung für öffentliche Ausbildung, Kaiser, hat dem Vertreter der Agencia Wschodnia folgende Informationen über den Stand des Volkschulwesens in der schlesischen Wojewodschaft erteilt: Das Volkschulwesen läßt bei uns viel zu wünschen übrig. Der wichtigste Grund für diese Sachlage ist der Mangel an Lehrkräften. Vor einem Jahre meldeten sich viele Lehrer nach Oberschlesien zum Dienst, aber die meisten von ihnen erschienen nicht, da sie in anderen Teilstaaten Polens Stellung erhielten, oder weil sie das außergewöhnliche Anwachsen der parallel dem Sturz der deutschen Mark zunehmenden Tiefenbildung abschreckte. Gegenwärtig ist indessen die materielle Lage der Lehrer weit besser. In nicht allzu ferner Zeit wird sich der autonome Sejm um eine Verbesserung der Einstellungsbedingungen der Lehrer bemühen, die wir doch zur Bekämpfung der deutschen Konkurrenz brauchen. Besonders fehlt es an qualifizierten männlichen Kräften. Ungefähr 900 etatsschaffige Stellen sind zu übernehmen.

Die Ausbeutung der oberösterreichischen Bergarbeiter vor dem schlesischen Sejm.

Kattowitz, 26. Oktober. In der Mittwochssitzung des schlesischen Sejm referierte der Abg. Adamczyk über einen Antrag

beireitend die Bumweisung von Kohlen an die schwäfische Einkaufszentrale. Der Antrag ging dahin, daß der schwäfische Einkaufszentrale von der Wojewodschaft 100.000 Tonnen Kohlen zugewiesen werden sollten, und zwar zwecks Auslauff der Kohlen gegen Lebensmittel und andere Artikel ersten Bedarfs. Der Abg. Adamel betonte, daß die Einkaufszentrale keine Privatinstitution sei, infolgedessen also auch nicht befürchtet zu werden brauche, daß die Kohle unter Parteimitgliedern verteilt wird. Die Wojewodschaft schreibt den monatlichen Einkünften, die der Staat aus den Gruben schöpft. (Korsanty ist Vorsitzender im Aufsichtsrat und Hauptaktionär. Die Med.) Im weiteren Berlens seiner Rede wies der Redner auf das anormale Anwachsen der Einkünfte der Kohlenkonzerne im Vergleich zu den Arbeitshöhen hin, deren täglicher Verdienst höchstens 900 Mark betrage, während die Konzerne 17000 Mark an der Tonne verdienten. Der Abg. Grajek betonte die Bedeutung des Antrages Adamel und schilderte die Kohlenproduktion in den verlorenen Monaten. Als während der Rede des Abg. Grajek der Rizmarowicz Biniakiewicz zeitweilig den Vorstand übernahm, kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Grajek und dem Abg. Geistlichen Brzuska, deren Folge darin bestand, daß der Abg. Geistliche Brzuska zusammen mit den Abgeordneten des Christlichen Volksverbandes für die Zeit der Rede den Saal verließ.

Deutschland und die Entente.

Neue Kohlenförderungen der Entente.

Berlin, 27. Oktober. (Telunion). Im Zusammenhang mit einer in den Presse verbreiteten Meldung über eine Entente note mit neuen Kohlenförderungen erfährt die Telegraphen-Union von zuständiger Stelle: Eine Note der alliierten Regierungen ist im Laufe des Monats Oktober eingetroffen, die neue Kohlenförderungen an die deutsche Regierung stellt. Am 21. Juli dieses Jahres war zwischen der deutschen Regierung und den Alliierten vereinbart worden, daß in der Zeit vom 1. August bis 1. November 1725000 Tonnen deutsche Kohle und 25000 Tonnen oberschlesische Kohle an die Alliierten abgeliefert werden sollen. Wenn die gesamte deutsche Kohlenförderung 83 Millionen Tonnen übersteigt, sollte die deutsche Regierung 20 Prozent des Überschusses an die Alliierten abtreten. Nach dem Verlust Oberschlesiens und bei der Haltung der polnischen Regierung war es der deutschen Regierung unmöglich, oberschlesische Kohle zu beschaffen. Unter empfindlicher Schädigung der deutschen Wirtschaft gelang es, in den Monaten August bis Oktober 1,6 Millionen Tonnen Kohle an die Alliierten zu liefern. Trotzdem traf Mitte des Monats eine neue Note der Alliierten ein, die außer den vereinbarten 1725000 Tonnen Kohle noch 20 Prozent des Förderungsüberschusses verlangt. Dieser Überfluss würde monatlich weit über 200000 Tonnen ausmachen. Die Reichsregierung sieht sich nicht in der Lage, diese Forderung zu erfüllen. Vor einer ablehnenden Antwort bedrängt der Kanzler am Sonnabend mit Führern der Industrie in Verbindung zu treten, um die zahlreichen Unserlosen für die ablehnende Antwort zu gewinnen. Um unser Wirtschaftsleben im Gange zu erhalten, um Eisenbahn, Gas- und Elektrizitätswerke genügend zu versorgen, ist in den letzten Monaten seit acht bis neun Milliarden Papiermark ausländische Kohle eingeführt worden. Unter diesen Umständen würde die Erfüllung der Forderung der Entente den Zusammenbruch unseres gearteten Wirtschaftslebens bedeuten.

Das Abkommen über das Ausgleichsverfahren.

Berlin, den 25. Oktober (Telunion). Das von den Vertretern des Reichs ausgleichs-amtes mit den Vertretern der alliierten Ausgleichsämter unter Vorbehalt der Ratifikation vereinbarte Abkommen über die künftige Regelung der Zahlungen im Ausgleichsverfahren hat im wesentlichen folgenden Inhalt: Deutschland ist bis zum 10. Juli 1923 von sämtlichen Barzahlungen im Ausgleichsverfahren befreit. Zur Begleichung der noch unbedeckten Debetalden deren Umfang vorläufig im Wege des Kompromiß zu 24,2 Millionen Pfund Sterling geschätzt wird, verpflichtet sich die deutsche Regierung, Schätzungen in Höhe dieses Gesamtbetrages auszustellen, die vom 10. Juli 1923 an bis zum 10. Oktober 1928 in monatlichen, von 300 Pfund ähnlich bis auf 500000 Pfund ansteigenden Teilen fällig sind. Die Schätzungen werden bei der Reichsbank hinterlegt, die als Treuhänder der alliierten Ausgleichsämter die Beiträge bei Hälfte einzahlt. Sieht sich im weiteren Verlauf des Ausgleichsverfahrens heraus, daß der deutsche Gesamt-Debitaldo den Vertrag von 24,2 Millionen Pfund Sterling übersteigt, so werden über den Restbetrag weitere Schätzungen ausgegeben, die vom 10. November 1928 ab in Monatsraten von 500000 Pfund fällig sind. Erwähnt sich aber der Gesamtbetrag des deutschen Debets als geringer so werden die zu seiner Deckung nicht erforderlichen Schätzungen Deutschland zurückgegeben und etwa zuviel geleistete Barzahlungen zurückgestattet. Eine Bürgschaft für die Schätzungen oder eine anderweitige Garantie ist nicht vorgesehen. Das Abkommen soll zunächst der Reparationskommission vorgelegt werden. Für den Fall ihres Einverständnisses in eine Frist von sechs Wochen für die Ratifikation durch die beiderseitigen Regierungen vorgesehen. Ob deutscherseits ratifiziert werden kann, wird davon abhängen, ob die Regelung der Reparationsfrage die Möglichkeit einer Erfüllung des Abkommens offen läßt.

Frankreich fordert von Deutschland künstlichen Dünger.

Paris, 27. Oktober. Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik, Millerand, tagte am Dienstag ein Ministerrat. Poincaré erstaute seinen Bericht über die auseinanderliegende Lage. Einem Vorschlag des Ackerbauministers zufolge kam der Ministerrat zu den Ergebnissen, zu den von Deutschland zu erwirkenden Sachleistungen auch Stückstoffdünger zu landwirtschaftlichen Zwecken in Frankreich zu fordern.

Deutschland und das französische Budget.

Paris, 27. Oktober. In der Nachmitteilung der Kammer sprach der Abgeordnete Bojanowski der Generalsekretärstaat für das allgemeine Budget. Er stellte fest, daß die Schulden Frankreichs sich von 32 Milliarden vor dem Kriege um 131 Milliarden Kriegskosten erhöht habe, jerner um 90 Milliarden an Verschüssen an Deutschland. Abgesehen von den Reparationen sei das allgemeine französische Budget im Gleichgewicht. Deutschland wurde wenigstens 72 Milliarden zu zahlen haben, während Frankreich selbst für Reparationen und Pensionen mehr als 90 Milliarden zahlen müsse.

Vor den Neuwahlen in England.

Die Auflösung des Parlaments.

London, 27. Oktober. Der König hat einen Erlass über die Auflösung des Parlaments unterzeichnet.

Hoffnungen der Labour Party.

London, 26. Oktober. Die Labour Party erwartet mit großer Ungeduld die Wahlen. Die Parteiführer rechnen damit, daß die Partei aus den kommenden Wahlen siegreich hervorgehen wird, da sie über eine leistungsfähige Organisation im ganzen Land verfügt, mehr als 400 Kandidaten wird aufstellen und mindestens gegen 200 Mandate durchbringen können. Auf diese Weise könne die Partei im englischen Kabinett eine einflussreiche Stellung einnehmen.

Die Vereidigung des neuen Kabinetts.

London, 27. Oktober. Das neue Kabinett wurde vom König empfangen und vereidigt.

Italien.

Ein faschistischer Kongress.

Wien, 27. Oktober. „Neues Wiener Tageblatt“ berichtet aus Rom, daß zu dem faschistischen Kongress, der am 24. d. M. in Neapel eröffnet wurde, 30000 Personen aus allen Teilen Italiens erschienen waren. Mussolini hielt eine Revue über die Teilnehmer ab, unter denen sich berühmte Abteilungen, Jungen- und Frauen-Abteilungen und sogar eine Fliegengesellschaft unter dem Kommando des ehem. Generalstabschef Biaz bestimmt. Die Regierung schickte noch Nedavel 25000 Soldaten zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Mussolini erklärte, daß die Teilnehmer des Kongresses keinen Konflikt mit der regulären Armee suchen werden. Die Wahlen müssen so schnell wie möglich durchgeführt werden. Die Politik der gegenwärtigen Regierung nannte Mussolini eine Verschwörungspolitik. Er bemerkte ferner, daß Italien sich auf die Monarchie, die mit dem Volke verbunden ist und eine historische Vergangenheit besitzt, stützen muß.

Neapel, 27. Oktober. Etwa 30000 Faschisten zogen durch die Straßen der Stadt voran, um eine tauftaufsige Menschenmenge. An dem Umzug nahmen zum ersten Mal zwei italienische Kavallerie-abteilungen, ein Bataillon Radjaförder und zwei aus 12 Aeroplana bestehende Luftgefäßwader teil. Mussolini hielt in einer Rede die parlamentarische Lage und die Möglichkeit einer Teilnahme der Faschisten an der Regierung. Diese Rede war in politischen Kreisen mit Spannung erwartet worden. Der zweite Redner beprach die Frage der nächsten Wahlen, sowie die Möglichkeit der Bildung eines Wahlkampfes der Faschisten mit anderen nationalistischen Parteien. Die Militärabteilungen haben zur Sicherung der Ruhe in Neapel 50.000 Soldaten konzentriert.

Gewalttat der Faschisten.

Genua, 27. Oktober. Faschisten brachten in Erfahrung, daß der Führer der sozialistischen Maximalisten, Serrati, im Loto des Blattes „Avanti“ eine Rede halten will. Sie drangen, trotz des Widerstandes seitens der Karabinieri in die Redaktion ein und vernichteten das ganze Loto.

Rom, 27. Oktober. Wie „Il Vae“ meldet, drangen in Neapel 200 Faschisten in die Wohnung der Korrespondenten der Zeitung „Il Vae“ ein, waren die Möbel hinaus und sändeten die ganze Wohnung an. Auf die Intervention eines Faschisteführers, der die Tat brandmarkte, zogen sich die Faschisten zurück.

Nitti's Kandidatenrede.

Rom, 27. Oktober. Nitti hielt in Lauria eine Rede, in der er ausführte: Da die Ausgaben größer sind als die Einnahmen, so müssen große Ersparnisse gemacht werden, um den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Die Gewaltstaten müssen aufhören, und alle müssen sich zusammen tun, um Italien zu retten. Die Politik Frankreichs befindet sich im Gegensatz zur Politik Italiens, dagegen ist die englische Politik in Übereinstimmung mit den italienischen Parteien. Die wirtschaftliche Solidarität Europas muß wiederhergestellt werden.

Deutsches Reich.

Die Regierungskrise ist überwunden.

Das kritische Stadium der Regierungskoalition ist nunmehr als überwunden anzusehen. Die Verschärfung der Devisennotwendigkeit wird von den bürgerlichen Parteien durchaus nicht grundsätzlich abgelehnt, vielmehr wünscht man, daß die zu treffenden Maßnahmen auf ihre finanziellen und wirtschaftlichen Wirkungen hin auf das jüngste geprüft werden. Aus diesem Grunde werden auch die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts ohne Folge sein, da die Frage der Devisenverordnung während der Pause, die in den nächsten Tagen in den Reichstagsverhandlungen eintritt, im Haupthaushalt des Reichstages innerhalb der Parteien zum Ausdruck gebracht und somit die Kompetenz der Regierung zunächst beiseite gestellt wird. In der Frage der Preiserhöhung für das Umlagegut hat sich insofern eine klare Situation ergeben, als die Sozialdemokraten nunmehr davon Abstand nehmen, im Falle der Annahme der Erhöhung mit dem Rückzug aus der Koalition zu antworten. Vielmehr werden sie sich dem Weisheitsbesluß des Reichstages beugen und sich damit aufzudenken, daß sie von den bürgerlichen Parteien überstimmt sind. Die Aufgabe des sozialdemokratischen Widerstandes ist allerdings nicht ohne vorherigen Druck der bürgerlichen Parteien erreicht worden. Dieser hatte in den vorausgegangenen Besprechungen erklärt, daß die bürgerlichen Parteien im Falle einer Sprengung der Regierungskoalition durch die Sozialdemokraten die Verantwortung für Regierungsgeschäfte ablehnen und diese der Sozialdemokratie allein überlassen werden.

Die Not des Rheinlandes.

Am Montag wurde im Reichstag und im Preußischen Landtag Einspruch erhoben gegen die Willkürherrschaft der Internationalen Rheinlandskommission. Seit 1918 seufzen die Rheinländer unter dem Druck der französischen Militärrherrschaft. Jetzt hat die Rheinlandskommission es sogar gewagt, den deutschen Behörden die Vollstreckung eines Urteils zu untersagen, durch das der politische Agent Frankreichs, Smeets, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Man greift also jetzt sogar schon in das Rechtsverfahren ein. Dieses wurde im Reichstage von den Rednern aller Parteien, von den Abgeordneten Sollmann (Soz.), Dr. Lautscher (Bir.), Dr. Moldenhauer (D. Bot.), Mumml (Nat.), Erkelens (Dem.) und Dr. Deermann (Vater, Opt.) gezeigt. Alle Parteien fanden sich zu einem einmütigen Protest, zu einer geschlossenen Einheitsfront zusammen. Sie alle konnten feststellen, daß das Rheinland treu zum Reich hält, und daß alle Enttelodungen lauen Ohren begegnen werden.

Der Reichskanzler Dr. Wirth, der die Interpellation beantwortete, legte die rechtliche Unhaltbarkeit des Verbots dar. Er hob hervor, daß die deutschen Beamten angefeindet werden, auf ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten mit den Besatzungsbehörden hinzuwirken. Diese Absichten der Regierung sind aber durch das Verhalten der Rheinlandskommission dauernd durchkreuzt worden. Man hat sogar die Verschärfung des Reichskanzlers und seiner Beamten als „unerheblich“ hingestellt. Gegen dieses Verhalten ist entschiedener Einspruch erhoben worden, und die deutschen Vertreter in London, Paris und Brüssel sind dort vorstellig geworden. Sie haben die Aufhebung des eigenartigen Verbots verlangt. Eine Antwort ist jedoch noch nicht eingetroffen.

Die Kommunisten verlangten eine besondere Besprechung dieser Erklärung, die aber von den anderen Parteien abgelehnt wurde. Damit schließt diese Kundgebung. — Der Gesetzesentwurf über die Abgabe auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal wurde angenommen, nachdem der Kommunist Thomas seinem Bedauern ausdrücklich gezeigt hatte, daß sein Antrag auf Umänderung des Namens in „Nord-Ostsee-Kanal“ keine Aussicht auf Annahme habe.

Freisprechung des Dr. Stein auf Burg Saaleck.

Im Prozeß gegen Dr. Stein und Dietrich wegen Begünstigung der Rathenau-Mörder hat der Staatsgerichtshof am Dienstag das Urteil gefällt. Der Angeklagte Dr. Stein wurde freigesprochen, der Angeklagte Dietrich wegen Vergleichs gegen § 5 Biffet 1 der Verordnung des Reichs-

Präsidenten zum Schutz der Republik vom 26. Juni 1922 wegen Begünstigung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt. Ein Monat der Strafe wird auf die Untersuchungshaft angerechnet. Der Reichsgerichtshof hatte neun Monate Gefängnis beantragt. In der Urteilsbegründung wurde ausgesprochen, daß sich die Verdachtsgründe gegen Stein nicht bestätigt hätten. Dietrich wurde mildernd angerechnet, daß seine Begünstigung der Kameradschaftlichkeit entsprang. Andererseits handele es sich um Begünstigung feiger Meuchelmörder, die eine entsprechende Sühne haben müsse. Über einen Antrag der Verteidigung, dem freigesprochenen Angeklagten Dr. Stein Schadensansprüche wegen der Untersuchungshaft zugestimmt, soll noch entschieden werden.

Berurteilung wegen Beleidigung der Regierung.

Der Staatsgerichtshof verurteilte den Kaufmann Gustav Goethe aus Halle wegen Beleidigung des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers zu neun Monaten Gefängnis und den Kosten des Verfahrens. Den Beleidigten wurde außerdem Publicationsbefreiung zugesprochen. Der Angeklagte bezeichnete in einer nationalsozialistischen Versammlung die Mitglieder der Regierung als Lumpen und Schieber, die besiegt werden müssen.

Unzuverlässigkeit der Erinnerungen Wilhelms II.

Dem „Berl. Tagebl.“ antnehmen wir folgendes: Der frühere Kaiser erzählte in seinen Erinnerungen, die noch weiterhin brüderlich in einigen deutschen und in zahlreichen ausländischen Blättern veröffentlicht werden, von der Unterredung, die er im Sommer 1917 im Hauptquartier zu Kreuznach mit dem päpstlichen Nunzio Pacelli gehabt hat. Er schreibt recht dramatisch den Gang der Unterhaltung, in der er den Nunzio und einen dieser begleitenden Kaplan von der Notwendigkeit einer päpstlichen Friedensschritte zu überzeugen suchte. Der Kaplan habe demgegenüber die Gefahren der „Piazza“ (der „Straße“) für den Vatikan geäußert, wogegen er, Wilhelm II., darauf hingewiesen habe, zur Einnahme des Vatikans gehörten doch Mörder und Raubzüge, Pioniere und Sturmtruppen; die habe doch die Strafe nicht zur Verfügung. Aber erst als er darauf hinzwies, daß der Papst doch Statthalter Christi auf Erden sei, und der Herr doch auch niemals Angst vor der Strafe habe, obwohl ihm kein festungsartiger Bau mit Garden und Wachen zu Gebote gestanden habe, sei der Nunzio überzeugt worden, habe ihm nichts beweist reicht gegeben und die Pflicht des Papstes, so zu handeln, anerkannt. Demgegenüber veröffentlicht gestern abend die „Germania“ eine wichtigste Stellungnahme, die ihr von der päpstlichen Nunziatur in München zugeht. Danach war bei der Audienz, die Pacelli hatte, weder ein Kaplan, noch irgend eine andere Person anwesend. Über den Inhalt der Unterredung heißt es dann:

Der Nunzio überreichte Wilhelm II. ein Schreiben des Heiligen Vaters Benedikt XV., wonach dieser großen Begegnung Ausdruck verlieh wegen der Verlängerung des Krieges; daran knüpft der Nunzio mündlich in Namen Seiner Heiligkeit warmempfundene Ermahnungen an den Kaiser, er möge doch sein Möglichstes tun, um den Schrecken des Krieges ein Ende zu bereiten; selbst wenn es dadurch nötig werden sollte, auf das eine oder andere der von Deutschland verfolgten Kriegsziele zu verzichten. Wilhelm II., dessen Blick, Gebärden und Stimme die Wirkungen dreier langer und angstvoller Kriegsjahre vertraten, antwortete, Deutschland habe den Weltkrieg nicht hervorgerufen, sondern es sei gezwungen gewesen, sich gegen die Vernichtungsziele Englands zu verteidigen. Er erinnerte an das Friedensangebot Deutschlands vom vergangenen Dezember, indem er berichtete, daß der Papst damals nicht gesprochen habe, wie Wilson es getan; und, nachdem der Kaiser von dem Gefahren geredet hatte, welche nach seiner Meinung die Tätigkeit der internationalen Sozialdemokratie gegenübersetzen des Friedens darstellte, gab er dem Gedanken Ausdruck, der Heilige Vater möchte einen feierlichen Erlass herausgeben, gerichtet nicht an die Regierungen, sondern an den Clerus und an die Gläubigen der ganzen Welt, worin er Gebet und unablässige Arbeit für den Frieden vorschreibe. Der Nunzio, weder in betreff eines derartigen Vorschlags keine Anstruktionen befaßt, brachte denselben gegenüber weder Einwendungen vor, noch akzeptierte er ihn. Auch machte er keineswegs die Auflösung, daß es für den Heiligen Vater wegen seiner Stellung der italienischen Regierung gegenüber schwierig wäre, im Sinne des erwähnten Vorschlags zu wirken.

Dazu bemerkte das Berliner Zentrumsonntagsblatt: „Hält man diese Nichtstellung des päpstlichen Nunzios der Darstellung des Kaisers gegenüber, so kann man diese nur, gelinde gesagt, als sehr phantastisch bezeichnen. Weist man die „Erinnerungen“ des Kaisers, wird der Glaube erweckt, daß er mit dem Vertreter des Papstes persönlich getroffen habe, um den Papst Benedikt XV. für die Herbeisführung des Friedens zu gewinnen. Auch ohne die Nichtstellung des päpstlichen Nunzios würde die Veröffentlichung des Kaisers über die päpstliche Friedensermittlung wenig glaubige Leser gefunden haben, aber so viel Phantasie in diesen Erinnerungen hätte man wohl doch nicht für möglich gehalten. Der „Kaplan“, den der Kaiser in seiner Darstellung als den bösen östlichen Geist aufstehen läßt, bat an der Versprechend des päpstlichen Nunzios mit dem Kaiser überhaupt nicht teilgenommen, und mit dem Verschwinden des Kaplans, der nie lebte, sind auch die phantastischen Ausführungen des Kaisers über den dramatischen Verlauf der Besprechung ins Reich der Fabel verwiesen. Diese neuzeitliche Darstellung der Erfahrungssache oder irrealer Erinnerung des Kaisers liefert einen weiteren Beitrag zur Beurteilung und Kennzeichnung der „Ergebnisse und Gestalten“ von Kaiser Wilhelm II.“

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Eingesandt.

Große Anziehungskraft

führt im Kino „Apollo“ ein neues Filmstück aus, welches Ausdehnung, Organisation und Arbeit der Firma „Hurtwonia Pin“ (Inhaber Krzywon & Liedke) in Poznań zur Darstellung bringt. Das Filmmaterial zerfällt in sechs Bilder. Der erste Teil veranschaulicht die Arbeit der Flächenreinigung mit Hilfe moderner, allen hygienischen Anforderungen entsprechender Apparate und Einrichtungen, im zweiten Bild sehen wir, in welcher Weise das Bier abgezapft wird, ferner erblicken wir strohige Kühläale enbst sachgemäß und mit großen Kosten eingerichteten Eisräumen. Die gefüllten Flächenwandern in die Lagerräume und von da zur Expedition. Das Ganze bietet eine wohlgelebte und effektvolle Szenerie. Die Anlagen geben bereit es Zeugnis über Energie und Fleiß der jungen Firmeninhaber, die in verhältnismäßig kurzer Zeit ihr Unternehmen auf ein derartiges Niveau gebracht haben, daß es heute als Muster nicht nur für Unternehmungen ähnlicher Art in Polen, sondern auch im Ausland dienen kann. Besonders hervorsticht bei uns die „Hurtwonia Pin“ als Vertriebsstelle es „Porter Zwicci“ sowie des Kobylewsker und Gräzer Bières.

Suche
für fest entschlossene Käufer Altbauten, Häuser, Landwirtschaften, Mühlen und Sägemühlen, Häuser, Villen usw. — Ges. Offeren mit genauer Beschreibung und Preisangabe erbeten. [379]
Strenge Diskretion und Bedienung gesichert.
Herr Komisze Maliński & Koralewski,
Poznań, ul. 27. Grudnia 16. — Telefon 3936.
Filiale: Stramykowa 38. — Telefon 2478.

Suche zu kaufen Mietshaus
in Poznań mit 1 oder 2 sofort freiverdenden Wohnungen.
Kaufpreis wird sofort in vor voll ausgezahlten. — Erbitte detaillierte Offeren eingusenden um. 3. 9857 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Dampfpflüge
neue und wenig gebrauchte
zu jedem Preise 19714
verkauft
Centrala Plugów Parowych
T. z. p.
Maschinenfabrik
Poznań
Tel. 21-21 n. 41-52. — Telegr. CENTROPLUG.

Kaufe Pianinos
und zahlre die höchsten Preise.
Offeren „Hotel Monopol“.

Gebrauchte, gut erhaltene
Getreide-, Aleie-, Mehls oder
Futtermittelsäcke
zu kaufen gesucht. [9813]
Carl Kreischmer & Co., Leszno.

Zu kaufen gesucht für Export
Möbel (sachere Posten)
Bettstellen, Stühle, kompl. Schlafzimmer
direkt vom Fabrikanten oder aus dem Betrieb.
Offeren sind an D. Davids, Łódź, Grand Hotel,
zu richten. [9832]

Zu kaufen gesucht
eine
Dampfmühle
Leistung: 800—1000
Jtr. in 24 Std. mit
Gleisanlauh. Ges.
Off. u. 9853 a. d. Ge-
schäftsst. d. Bl. erbeten.

Belz 9716
am liebsten Opossum
zu kaufen gesucht.
Dybalista,
Görs Wida 15. Tel. 1623.
Wegen Verheizung nach
Rähmaschine (Singer),
Perser-Zeppe, Sulz-
Pianino
gegen gute Bezahlung g. kant.
Off. u. Verheizung 9775.
a. d. Geschäftsst. d. Bl. erh.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat November 1922

Name _____

Wohnort _____

Postanstalt _____

Strasse _____

Stellenangebote

Herr

beider Sprachen in Wort und Schrift mächtig gewandt im Bericht mit dem Publikum, Fachmann oder Herr, der sich im Speditionsgeschäft einarbeiten will

gesucht.

Schriftliche Offeren mit Bild und Gehaltsansprüchen werden erbeten unter C. W. 9833 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Expedient (in)

beider Sprachen mächtig gesucht.

Schriftliche ausführliche Bewerbungen an [9834]

F. Wodtke

Internationale Transporte
Bydgoszcz, Gdańskia 131/2.

Uthmachergehilfe, erste Kraft als Werkstattleiter [9831]

ver. sofort oder später gesucht.

C. Wolszyn, Poznań.

Lüdt. Optikergehilfe

ver. sofort oder später gesucht.

Off. u. 43,285 an Vor-

Poznań, ul. Fr. Katal-

czaka 8. erbeten. [37]

2 Stellmacher

als Kostenmacher, [9836]

1 Wagenlackierer,

mächtige Arbeiter, verlangt

3 Martin, Gniezno.

Wirtin

zur Führung eines groß-
privat-haushaltes

gesucht.

Ausführliche Offeren mit An-
gabe der Gehaltsanfr. sowie

Referenzen an [9831]

Dr. A. Biedermann,

Łódź, Kilińskiego 2.

2 Lehrkräuter

zur Erziehung des Haushalts

für ländl. Pfarrhaus gesucht.

Gelegenheit, das Kochen zu er-

lernen. Familiärer. Off.

erb. Fr. Psarrer Reder,

Kolodziejewo, powiat

Mogilno. [9849]

Stellenangebote

Suche für einen äußerst

lückigen Firser,

34 J. alt. ged. b. d. Garde-

Jägern Bielawa, verh. ohne

Kind. 171 m. gr. in allen

Zeigen d. Firser. gut ver-

traut, 17 J. im Fach, Ober-

chule, sehr energisch u. zuver-

lässig, gestützt auf gute Zeugn.

U. Empfehlungen. Danach er-

beten. Off. u. 6. 9851 a. d.

Geschäftsst. d. Bl. erh.

Kriegsunfalloe. 30 J. alt.

verh. der deutsch. u. poln.

Eltern mächtig. sucht g. 1. 1. 23

Sellung als

Hofverwalter.

Off. u. A. 2. 9854 a. d.

Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Diener

mit gärtnerischen Empfehlungen, im

30. Lebensjahr, sucht 1. Jan.

1923. evtl. fr. er. Lebens-

stellung als Verbraucher. —

Gest. Angebote um T. 9855 an

d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junges jüd. Mädchen

sucht Stellung im Haushalt

oder Geschäft. Ang. u. D.

9852 a. d. Geschäftsstelle d.

Bl. erbeten.

Bücher und Zeitschriften.

Zur Anschaffung bestens empfohlen:

A. Wahl, Hurloch oder die Taten und Unschläge des Kasper Dullhübel. Ein Schlemmertoman.

A. Drews, Geschichte der Philosophie.

B. Zerkau, Die Spitzwiegasse.

B. v. Gebhardt-Criepel, Die Flucht ins Feuer, Roman.

Dansen, Ehe und Familie.

Bunold, Alt Hollands großer Meister.

Karwath, Die Abenteuer des Möllers Crispin.

Scheib, Die Faab-mweide.

Rumpelstilzchen. Was sich Berlin erzählt.

Reinecke, Die natürliche Entwicklung der Singstimme vom Kopfslang zur gemischten Stimme, 2. Teil.

Vom Sprechen zum Sington.

do., Die Kunst der idealen Tonbildung.

Hevelius, Handbuch der Freunde für Astronomie und kosmische Physik.

Stilgebauer, Der Garten Eden.

Zapp, In Frankreich.

Roese, Wie Michel Deutsch die sieben Reiter fand.

Marg., „Du“. Roman.

do., „Weib“. Roman.

Lewald, Das Fräulein von Güldenfeld. Roman aus der Seitenwende.

Bartsch, Die Kindskinder.

do., Frau Uta und der Jäger.

De Nora, Die Tänzer.

Schreckenbach, Der König von Rothenburg.

do., Die von Wöhingerode.

Wildans, Armut.

Haarhaus, Die rote Ezelßen.

Wells, Die Rettung der Zivilisation. Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm.

W. Bankhage, Indien, das Land und seine Be-

wohner.

A. Ulitz, Die Bärin. Roman.

E. F. Kuri, D. Mooshof. Roman.

M. Andersen Negø, Stine Menschenkind. 3. Teil:

„Zu den Sternen“.

Wir vermitteln für den Leserkreis unserer Zeitung:

Bestellungen

auf ob ge Werke und Zeitschriften nicht nur, sondern auch auf alle übrigen Bücher, Zeitschriften und Mu-

silien, die bereits erschienen sind. Wir bitten Sie,

Bestellungen an uns zu richten.

Poznań, ulica Zwierzyniecka 6

Evangelisches Vereinshaus.

Montag, den 30. Oktober 1922, abends 8 Uhr:

Arnold Földesy

der berühmteste Cellist auf dem Erdenrund.

Im Programm: Werke von Haydn, Bach,

Locatelli und Popper.

Am Klavier Prof. Władysław Rzeckowski,

Kartenverkauf in der Zigarrenhandlung

W. Górska (Hotel Monopol).

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 27. 10.. abends 7½ Uhr: „Die Land“

Oper von d'Alberto.

Sonntagnach, den 28. 10.. abends 7½ Uhr: „Mida“

Oper von Verdi.

Sonntag, den 29. 10., nachmittag 3 Uhr: „Madame Butterly“, Oper von Puccini. (Preiser-

mäßigung)

Sonntag, den 29. 10., abends 7½ Uhr: „Konrad Wallenrod“, Oper von Zelenkoff.

Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szembrowski ulica Fredry 1.

Tausch!

Ein 3½ stöckiges Haus, massives

Stück ges. Gebäude in Herne (Westf.). 1914 er-

baut, gegen eine Landwir-

tschaft in Polen zu tauschen

geachtet. Angebote erb. Sko-

tarzot, ul. Szczecinska 10.

Umtausch!

En 3½ öst. Wohnhaus

England und Frankreich.

Die Möglichkeiten einer neuen Politik.

Die Börse in Deutschland, die ja, wie allenfalls das beste Barometer für die Beurteilung eines politischen Ereignisses ist, hat auf die Demission des englischen Kabinetts mit einem neuen lichen, scharfen Kurssturz der deutschen Märkte reagiert und zwar aus der Auffassung heraus, daß man in Deutschland in Lloyd George trotz allem den Mann sah, der in der Lage war, und der auch vielleicht den Willen hatte, dem Streben Frankreichs nach einer kontinentalen Hegemoniestellung einen scharfen Widerstand entgegenzusetzen. — Allerdings, der Taktiker Lloyd George hatte bisher nur in sehr beschränktem Maße sich durchsetzen können. Das Resultat seiner, vielleicht sehr lobenswerten und ehrlichen Absichten waren immer nur Kompromisse, die den Gang des Verhängnisses nicht aufhalten konnten. So sank denn ganz Mittel- und Osteuropa in ein staatswirtschaftliches Elend hinab, wie es wohl seit Bestehen geordnetes Staatswesen kaum ein ähnliches gegeben hat, ohne daß irgendein jemand eine Rettung aus der Not sah. — Aber Lloyd George war wenigstens bemüht um die Gefördigung Europas, und alle die Völker, die in dem Chaos ihrer wirtschaftlichen Lage nicht verzweifeln wollten, klammerten sich an ihn und fragten sich jetzt, da er aufgehört hat, englischer Premierminister zu sein, was nun werden soll. —

In Frankreich dagegen weint man Lloyd George keine Träne nach. Im Gegenteil: die nationalistische Presse macht aus ihrer Freude kein Hehl und erhofft durch den Kabinettswchsel freiere Bahn als bisher für die ehrgeizigen Expansionspläne der französischen Machtpolitik. Um auf diese Gegenseite, die gerade jetzt bei der Demission Lloyd Georges wieder einmal so scharf zu Tage treten, etwas näher einzugehen, seien die Grundlagen der französischen Außenpolitik einer eingehenderen Würdigung unterzogen. Der Pariser Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ gibt in einer der letzten Nummern dieses Blattes einen klaren und objektiven Umriss der französischen Außenpolitik, der wohl eine nähre Würdigung verdient. Das französische Volk hat, so schreibt er, eine bittere Erfahrung machen müssen, die nämlich, daß das Wort Goethes, nach dem alles Ererbte neu erworben werden muß, wenn es lebendiger Besitz bleiben soll, für die Völker nicht minder Geltung hat als für die Individuen. Von dem einstmals demokratischen Aufbau des französischen Staatsweises, den die politische und wirtschaftliche Reaktion von innen heraus ausgeholt hat, ist nur die äußere Form geblieben, die heute der Herrschaft einer Oligarchie als Gehäuse und Fassade dient. Frankreich ist eine Republik der Kameraden, ein Staat der Elichenherrschaft geworden, dessen offizielle Politik eine andere ist als das nationale Wollen des Volkes in seiner übergroßen Mehrheit. — Auch Frankreich hat seit 1914 eine Revolution durchgemacht, die bis in die Fundamente der wirtschaftlichen und sozialen Gliederung des Staates reicht. Ihre Opfer sind, ähnlich wie in Deutschland, vor allem die Schichten der Intellektuellen und die freien Berufe, die ihre Einkünfte der Kriegs- und Nachkriegsteuerung nicht anzupassen vermochten haben, die Beamten und Angestellten und in beschränktem Umfang auch der gewerbliche und Kaufmännische Mittelstand, ihre Nutznießer die landwirtschaftlichen Produzenten und die Industrie. Der Bauer, vor dem Kriege meist in drückender Verschuldung lebend, ist seither zu Wohlstand und Wohlbefinden gelangt und sein politischer Einfluß steigt, je näher der Termin der Neuwahlen zum Parlament heranrückt. In der Industrie hat sich seit 1914 eine völlige Umbildung vollzogen. Der Erwerb von Lothringen mit seinen gewaltigen Erzlagerstätten und seinen hochentwickelten Industrie-

anlagen hat Frankreich, das klassische Land der verfeinerten Fertig- und Luxusindustrie, in dem der mittlere und kleine Fabrikant überwog, in die erste Reihe der schwerindustriellen Länder gerückt. Die Tendenz zur wirtschaftlichen Konzentration, die bereits während des Krieges stark hervorgetreten und durch die Zeitumstände begünstigt worden war, erhält dadurch einen neuen starken Antrieb. Gewaltige Interessen-Gruppierungen, einflussreiche Konsortien und festgefügte Konzerne traten in Leben und gaben dem wirtschaftlichen Individualismus des französischen Industriellen, der bis dahin von Bindungen und Zusammenschlüssen wenig wissen wollte, den Todesstoß. Im Bunde mit Reaktion und Nationalismus haben Schwerindustrie und Hochfinanz sich einen bestimmenden Einfluss auf Regierung und Parlament zu sichern vermocht und in Herrn Poincaré und seinen Ministern ein gefügiges Werkzeug ihres Willens im Innern, wie nach außen gefunden. —

Eine Reparationspolitik hat Frankreich drei Jahre überhaupt nicht gehabt. Was man als solche bezeichnet hat, waren törende Phrasen, mit denen Regierung und Parlament sich selbst und das Volk über die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges hinwegzutäuschen versuchten, war die Illusion von einem Jahrzehnte hindurch tributpflichtigen Deutschland, dem man eine versteckte Kriegsentschädigung in Höhe von ungezählten Milliarden auferlegen zu können glaubte. Als dann der katastrophale finanzielle Zusammenbruch Deutschlands in Erscheinung trat und es sich erwies, daß man das Leistungsvermögen Deutschlands bei weitem überschätzt hatte, ging man realpolitischer an die Reparationsprobleme heran. Die treibende Kraft der Poincaré-Politik inaugurierte nunmehr den Gedanken der „produktiven Pfänder“, von denen Herr Poincaré zum ersten Male in London sprach, und diese „produktiven Pfänder“, die natürlich den Reparationen im weiteren Sinne gar nicht dienen können, sind nichts weiter als die wirtschaftliche Besiegereitung des deutschen Weltens und seine Angliederung an das französische Wirtschaftsgebiet. Nach diesem Ziel drängt die ganze französische Politik, trotz aller Abkommen zwischen deutschen und französischen Industriellen, trotz Stinnes und Loubet, und der Vorsitzende des Finanzkomitees der französischen Kammer Duriac hat es auch in einem Geheimbericht mit stauenswerter Offenheit ausgesprochen, in dem er sagte:

„So lange wir auf dem rechten Ufer des Rheines stehen und so lange wir die Herren einer Eisen-Z-Produktion in Höhe von jährlich 45 Millionen Tonnen sind, sind wir in der Lage, in der deutschen Metallindustrie eine entscheidende Rolle zu spielen und uns die Kontrolle ihrer Produktion zu sichern. Das muß für uns die Lösung der Zukunft sein. So lange sich das Garantiekomitee auf die Kontrolle der deutschen Finanzen beschränkt, wird es nichts anderes tun können, als von Zeit zu Zeit einen neuen Währungs zusammenbruch zu konstatieren, ohne daran etwas ändern zu können. Erst wenn wir im Besitz der Kontrolle über die deutsche industrielle Produktion sein werden, sind wir imstande, von der wirtschaftlichen Prosperität Deutschlands Nutzen zu ziehen. Die Beziehung des Brückenkopfes von Düsseldorf muss uns bei einiger Geschicklichkeit dahin führen, die beiden Arten der Bezahlung durchzuführen, die uns allein Befriedigung geben können: eine Anleihe, aufgebaut auf dem deutschen Kapitalbesitz, und die Wieder-in-Gang-Setzung unseres eigenen Wirtschaftslebens . . .“

Doch die Verwirklichung dieser Ziele die Vernichtung Deutschlands bedeuten würden, ist ohne weiteres klar. England aber kann die Vernichtung Deutschlands niemals zugeben, nicht etwa aus Gefühlsmomenten heraus, sondern, weil eine kontinentale Hegemonie Frankreichs die nicht minder ehrgeizige

und beutigerige Politik des Britenreiches stark behindern und durchkreuzen würde, weil durch sie die inneren Kräfte des britischen Imperiums bis zum Äußersten in ungesunder Weise überpannt würden, und weil England durch die Vormachtstellung Frankreichs auf dem Kontinent eines bedeutender Teiles seiner Absatzgebiet verlustig ginge.

Lloyd George ist zwar zurückgetreten. Wird der neue Mann, Bonar Law, aber eine wesentlich andere Politik als Lloyd George machen können? Naum! Und das kommt auch zum Ausdruck, wenn man sich Bonar Laws Äußerungen zur Reparationsfrage ins Gedächtnis zurückruft. Er hat einem französischen Journalisten gegenüber erst kürzlich erklärt, daß er mit den französischen Reparationsplänen keineswegs einverstanden sei. Englands Handelsinteressen sind eben zu sehr an Deutschland gebunden, und selbst die englischen Konservativen, wenn sie auch gesülmäßig den Franzosen näher stehen als den Deutschen, werden das „business“ nicht über ihren Sympathien vergessen, vor allem Bonar Law nicht, der, Schotte von Geburt und Wesen, ein nüchterner Rechner, ein kalter und ruhiger Geschäftsmann ist und dem Gefühlspolitik deshalb zwider sein dürfte. Man sollte sich deshalb, um eine richtige Einstellung zu den politischen Ereignissen der nächsten Zukunft zu erhalten, immer vor Augen halten, daß es Bonar Law war, der im Mai dieses Jahres in einer Rede erklärte, daß Deutschlands Zahlungsmöglichkeiten nur beschränkt seien, und der bei dieser Gelegenheit Frankreich mit ernsten Worten vor einem separaten Vorgehen gewarnt hat.

Die Momente der Spannung zwischen England und Frankreich sind jedenfalls durch diesen Ministerwechsel noch keinesfalls beseitigt.

Die kirchliche Woche in Bromberg.

III.

Der dritte Verhandlungstag, Mittwoch, begann mit der Hauptversammlung des Landesverbandes der evangelischen Frauenhilfen, die nach einer von Pfarrer Dr. Mühlmann-Bromberg gehaltenen Andacht von der Verbandsvorsitzenden, Frau Superintendent Hode-Posen eröffnet wurde.

Der Schriftführer, Pfarrer Schwedtseger-Rosenau, berichtete sodann über den Stand der Frauenhilfsarbeit in unserem Gebiete. Große Tagungen, Freizeiten und Kurse, wie sie in Deutschland stattfinden erlauben zwar bessere Verhältnisse nicht, aber im kleinen kann manche segensreiche Gemeinschaft geschaffen werden, und der im November zu veranstaltende Gemeindehelferinnenlehrgang zeigt auch hier von regtem Leben. Eine Frauenhilfe, wie sie sein soll, schillerte ein Bericht über die Adelauer Frauenhilfe, der manche wertvolle Anregung und viele Wünsche in der Besprechung auslöste.

In der sich daran anschließenden Hauptversammlung des Landesverbandes evangelischer Jungmännervereine gewannen die Hörer durch den Vortrag von Pfarrer Bartele-Strassburg wertvolle Anregungen zu dem, was kirchliche Jugendarbeit sein und leisten muß, um recht verinnerlichend auf die männliche Jugend zu wirken.

Der Redner wandte sich energisch gegen jede Organisation, alle Methoden und Rezepte zur Vereinsstätigkeit. Jugendarbeit müsse organisch gestaltet werden, von innen heraus wachsen, da ohne man nichts machen, sondern müsse Achtung haben vor dem Werden. Die Besprechung, die diesem starke Eindrücke hervorruhenden Vortrag folgte, zeigte manche Wege zu dem einen Ziel.

Der Nachmittag brachte eine Vorlesung des evangelischen Verbandes für die weibliche Jugend und eine Versammlung des Vereins abstinenter Pastoren, die die Notwendigkeit der Abstinenz für Pastoren betonte. Außerdem fand eine amtliche Pfarrerkonferenz statt, die sich mit den schwierigen kirchlichen Fragen beschäftigte und die am Abend fortgesetzt wurde.

Die Nonnenplage.

Von Dr. Frih Slowronnet.

Naupenholz auf der Erde. Alles Getier meidet diese Stätten der Vernichtung. Da die Plage erfahrungsgemäß vier, fünf Jahre andauert und zunimmt, stehen die Wälder ganz Mitteldeutschlands vor der Vernichtung. Das ist in dieser schweren Zeit ein Verlust, der die wirtschaftlichen Vorteile eines ganzen Jahrhunderts aufwiegt und und sich in seinen Folgen auf vierzig, fünfzig Jahre erstreckt.

Eine Katastrophe von ähnlicher Bedeutung hatte der Nadelwald von Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern, Schlesien, Brandenburg in den Jahren 1904 und 1905 zu bestehen. Damals ließ man Tausende baierischer Holzknäcke nach Ostpreußen kommen, um den toten Wald so schnell als irgend möglich abzuholzen und baute Bahnen, um das Holz wegzuzaubern. Um dieselbe Zeit wurden in der Johannisthaler Heide 6000 Hektar halbwüchsiger Bestände von der Raupe des großen Kiefernspinners zerstört. Um einen Teil des Holzwertes zu retten, wurde an der Bahn eine Haltestelle errichtet. Noch jetzt liegen dort große Holzstapel. Der erste große Nonnenholz befand von 1852 bis 1858 die Rominter Heide. Mein Vater, dessen Revier als erstes befallen wurde, hat das Bestörungswerk mit erlebt, das ihm sehr schwere Jahre bescherte, und es uns oft eingehend geschildert.

Doch erst will ich den Schädling, der sowiel Unheil anrichtet, beschreiben. Es ist ein kleiner, 25 bis 30 Millimeter langer Schmetterling, mit weißgrauen, von schwarzen Bändern durchzogenen Flügeln. Er legt seine Eier in kleinen Klumpen unten am Stamm in die Vertiefungen der Borke. Ende April oder Anfang Mai frischen die jungen Raupen aus, die zunächst mehrere Tage auf einem Häuschen, das der Forstmann „Spiegel“ nennt, besammelnbleiben. Dann beginnen sie am Stamm emporzuwandern, bis sie auf die dünnen Äste und an die Nadeln gelangen. Im Juli sind die Raupen erwachsen, worauf sie sich verpuppen. Zwei und einen halben Monat dauert also in jedem Jahre der Nonnenholz. Aber diese Zeit genügt, um die befallenen Bestände reitlos zu zerstören.

Aber: In den Jahren 1850 und 1851 trat die Nonne in den polnischen Wäldern jenseits der nahen Grenze so massenhaft auf, daß die Besitzer ihre Reviere anzündeten und niedergebrannten, weil sie das minderwertige Holz nicht los werden konnten. Der Schädling wurde dadurch nicht vernichtet, sondern nur verschoben, denn 1862 erschien er in Massen, die jeder Schägung spotteten, auf preußischem Gebiet. In wolkigen Schwärmen zogen die „Nonnen“ heran. Die Gebäude der Försterien waren von den Haltern direkt bedroht, auf den Seen lagen die ertrunkenen Schmetterlinge, wie eine dicke hellgraue Schaumschicht. Im Walde war es wie im längsten Schneegestöber, die Bäume sahen wie beschneit aus. So dicht sahen die Nonnenfalter auf den Zweigen! Im ersten Jahr bot man Menschenkraft zur Bekämpfung der Plage auf und ließ etwa eine Million Halter töten und etwa 150 Millionen Eier ablesen. „Natürlich mit völlig unzureichenden Kräften“, berichtet ein sachlicher Forstmann, der zum Studium der Plage noch Ro-

„Natürlich“ erneuerte sich der Nonnenholz in den folgenden Jahren und erreichte 1855 seinen Höhepunkt. Da waren 25 000 Morgen, das ist etwa eine Quadratmeile Wald vernichtet. Grauenhaft war das Aussehen des toten Waldes, in dem es kein lebendes Wesen aushielßt. An den toten Stämmen vollendete der Vorleser das Bestörungswerk. Ein mittelstarker Wind schon genügte, um die morschen Bäume umzuwerfen, die von einem Schimmelpest befallen im Dunkeln gespenstisch leuchteten. An den stehengebliebenen Baumstümpfen wuchsen Schwämme, gleich Konsolen, von denen ich noch einige in meinem Jagdzimmer hängen habe, fünfzig Centimeter in jeder Richtung messend, seltsame Erinnerungsstücke an mein Elternhaus und ein gewaltiges Naturereignis!

Bisher hat sich alles, was der Mensch zur Abwehr unternahm, dieser Naturkraft gegenüber als unzureichend erwiesen. Zum Töten der Falter und Spiegel und Einfangen der Eier müßten Hundertaußende von Menschen aufgeboten werden. Das könnte im ersten Stadium der Gefahr etwas helfen. Sowie jedoch die Falter ihre Eier überall, also auch in den Wipfeln ablegen, ist der Mensch dagegen machtlos. Ebenso wenig helfen Licht, Feuer und Balkstaub, der gegen die Schädlinge geblasen wird. Die Plage muß auf sich selbst zugrunde gehen. Das geschieht durch Entartung und Verkrüpplung der Raupen, die nicht mehr genügend Nahrung finden, wohl auch infolge ungeeigneter oder schädlicher Ernährung. Denn anfangs verschont die Nonne im Bestand eingesprengte Weiden, Aspen, Eichen, Ahorn und Buchen. Später fällt sie über alles her.

Über die Ursachen der so plötzlichen, unaufhaltsamen Vermehrung der Nonne kann man nur Vermutungen hegen. Es ist nicht ganz unwahrscheinlich, daß sie nur dann erfolgt, wenn ihre Feinde aus der Insektenwelt durch irgendwelche Vorgänge in der Natur stark vermindert worden sind. Als solche kennt der Forstmann drei Insektenarten, die ihre Eier in die Raupen des Kiefernspinners wie der Nonne ablegen. Da ist der Microgastr nemorum, eine der echten Schlupfwespen verwandte Sippe, dann die Schmetterlinge und schließlich alle Tachinen, die Mord- oder Raupenfliegen. In gewöhnlichen Zeiten genügt es, wenn man regelmäßig die Eier und Spiegel ableben läßt und um die Bäume in Brusthöhe einen Leimring zieht, über den die Raupen nicht hinweg zum Wipfel gelangen können. Sobald jedoch die Massenvermehrung eingesezt hat, steht der Mensch mit seinem Witz und allen seinen Mitteln diesem Vorgang in der Natur machtlos gegenüber.

Wird nun endlich die Forstwirtschaft den Zerweg verlassen und von der Anpflanzung reiner Nadelwälder Abstand nehmen? Es ist noch nicht lange her, daß sie in Pommern Eichen und Buchen abtreiben und an ihrer Stelle Kiefern und Fichten anpflanzen ließ. Nur hier und dort hat man begonnen, gemischte Bestände zu schaffen, in denen sich auch Singvögel wieder heimisch machen. Aber inzwischen vernichtet die Nonne in Thüringen Milliardenwerte. Nichts kostbareres gibt es in dem verarmten Deutschland außer Eisen und Kohle als Holz. Es wird nächstens nicht mehr zum Druck der Tausendmarksscheine reichen . . .

Schönungen vernichtet, und die Raupen des Kiefernspinners. Der schlimmste Feind ist jedoch die „Nonne“. Wie diese nahe Verbündete des Schwammspinnens zu diesem absonderlichen Namen gekommen ist, weiß ich nicht. Die Naturforscher nennen sie Cenaria monacha und zählen sie zur Familie der Spinnen, der Bombycidae, von der sich nur eine einzige Sippe dem Menschen nutzlich erweist, indem sie ihm Seide spinnt. Alle anderen sind Schädlinge, deren Raupen so stinklich alle Bäume und Sträucher bedrohen. Die Nonne jedoch bevorzugt die Nadelholzer. Die kleinen Nadeln der Fichte und Tanne frisst sie ganz auf, die der Kiefern mitten durch. Während nun die Laubwälder ohne Ausnahme ein, wenn sie von der Nonne fast gefressen werden. Dann kommt hinter ihr der Forstwirker und zerstört das abgestorbene Holz. Da sind die zahllosen Rüsseläfer und Eingerlinge, die ganze Schönungen vernichten, und die Raupen des Kiefernspinners. Der schlimmste Feind ist jedoch die „Nonne“. Wie diese nahe Verbündete des Schwammspinnens zu diesem absonderlichen Namen gekommen ist, weiß ich nicht. Die Naturforscher nennen sie Cenaria monacha und zählen sie zur Familie der Spinnen, der Bombycidae, von der sich nur eine einzige Sippe dem Menschen nutzlich erweist, indem sie ihm Seide spinnt. Alle anderen sind Schädlinge, deren Raupen so stinklich alle Bäume und Sträucher bedrohen. Die Nonne jedoch bevorzugt die Nadelholzer. Die kleinen Nadeln der Fichte und Tanne frisst sie ganz auf, die der Kiefern mitten durch. Während nun die Laubwälder ohne Ausnahme ein, wenn sie von der Nonne fast gefressen werden. Dann kommt hinter ihr der Forstwirker und zerstört das abgestorbene Holz. In diesem Sommer ist die Nonnenplage in ganz Mitteldeutschland aufgetreten. Auf einer Fußwanderung durch Thüringen habe ich tot Wälder gesehen, die einen entsetzlichen Eindruck hinterließen. Wie umgelehrte Strauchbüsche sahen die Bäume aus. Das traumatische Bildndum, das sonst im Walde herrschte, ist einer unangenehmen Hölle gewichen. . . unbehindert fallen die Sonnenstrahlen durch die lahlen Äste. Selbst das Unterholz und die Blaubeersträucher am Boden sind fast gefressen. . . Bollhoch liegt der

Wähler in der Stadt Posen!

Deine Parole am 5. November lautet:

Liste 2!

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 27. Oktober.

Ein Mißstand im Eisenbahnverkehr.

Von Bewohnern der kleinen Städte des ehemaligen Regierungsbezirks Posen wird über einen bedeutenden Wagenmangel auf den Eisenbahnen, die nach Posen führen, lebhaft geklagt. Es macht sich namentlich an den Posen-Wochenmarkttagen sehr unangenehm fühlbar, wo auf den meisten Stationen Fahräste vorhanden sind, die nach Posen mitsfahren wollen, aber sich je näher der Stadt Posen, einem umso größeren lebensgefährlichen Gedränge in den unteren Klassen gegenübersehen. Der Andrang zu den niederen Klassen ist natürlich unangemäß mit der schwindsüchtigen Preissteigerung der Eisenbahn tarifärme immer mehr auch in solchen Volksstrecken, die man vor dem Kriege in der vierten Klasse nicht anzutreffen pflegte. Manche Fahrgäste versuchen nun die Unannehmlichkeiten des lebensgefährlichen Gedränges nach alter Gewohnheit dadurch zu ummachen, daß sie mit ihrer niederen Fahrkarte eine höhere, meist leerstehende Klasse benötigen. Das ist, wie nicht überall bekannt sein dürfte, verboten oder doch nur gegen Nachzahlung des Preisunterschiedes für die höhere Klasse gestattet. Aufgrund dessen wird eine solche Fahrt unter Umständen recht recht teuer seine Fahrt von Opalenica 2. Klasse nach Posen 3000 M. In einer höchst unangenehmen Lage kommen solche Leute, die unter allen Umständen mit dem Zuge mitsfahren müssen, sei es, weil sie in Posen ihrem Erwerb nachgehen, oder weil sie zu einem Gerichtstermin zeitig in Posen sein müssen. Der erglückte Wagenmangel ist übrigens nicht erst neueren Datums, sondern herrscht schon monatlang bedeutet also nach den gemachten Angaben eine unliebsame Neuerwerbung. Der Wagenmangel wird erfahrungsmäßig durch die Abwanderung der Fahrgäste aus den höheren Wagenklassen in die niederen mit jeder neuen Tarif erhöhung immer größer. Da wir mit dem Beginn des Monats November wieder einmal das Vergnügen einer Verdopplung der Personentarifpreise haben, so wird auch mit dem kommenden Monat der Wagenmangel größer werden, wenn nicht die Eisenbahndirektion durch Gestaltung einer größeren Wagenzahl dem vom reisenden Publikum sehr unliebsam empfundenen Mangel vorbeugt. Dass das geschehen möge, ist der Zweck dieser Zeilen und die Absicht eines Mannes, der natürlich für die Benutzung einer höheren Wagenklasse recht erheblich gestrafft wurde und, wie er genau weiß, in letzter Zeit schon recht viele Schicksalsgenossen hat.

Die Geldausfuhr aus Polen.

In den letzten Wochen war bekanntlich durch eine Reihe wiedersprechender Veröffentlichungen Unsicherheit darüber entstanden, wieviel Bargeld der einzige Reisende aus dem polnischen Zollgebiet ausführen darf. Wie ein Telegramm aus Warschau meldet, wird jetzt halbamtlich gemeldet, daß die bisherigen Bestimmungen noch nicht geändert seien, sondern nur ihre Änderung erwogen werde. Es gilt also noch jetzt im Verkehr nach Deutschland und nach Danzig, daß 20000 Polen mark und an fremden Baluten der Gegenwert von 150 Schweizer Franken mitgeführt werden dürfen.

Wettbewerb für Inneneinrichtungen. Der Rat der Stadt schreibt unter Vermittlung der Architektenvereinigung in Posen einen Wettbewerb für Projekte von Inneneinrichtungen aus. Das Programm umfaßt drei Zimmer: ein Schlafzimmer, ein Arbeitszimmer und ein Esszimmer. Prämienzettel Entmuster werden von ersten Posener Firmen ausgeführt und zutreffendfalls auf der Pariser Internationalen Kunstaustellung im Jahre 1924 ausgezeichnet werden. An dem Wettbewerb können sich polnische Künstler beteiligen, die im ehem. preußischen Teilgebiet wohnen oder einer der Künstlervereinigungen im ehem. preußischen Teilgebiet angehören. Das Prämiierungskomitee besteht aus 8 Mitgliedern.

Gegen die geplante Erhöhung der Kinostühle auf 100 v. H. haben die Besitzer der Kinotheater mit der Begründung Einpruch erhoben, daß ihre Betriebe eine weitere Besteuerung nicht ertragen könnten. Die Besitzer würden bei einer weiteren Besteuerung eingehen sein, ihre Betriebe zu schließen. Weiter wendet sich die Eingabe gegen die vom Elektrizitätswerk geplante bedeutende Erhöhung der Ration für den elektrischen Strom.

Keine Kaufmanns- und Gewerbegelehrtswahlen. In einer vom Bürgermeister Dr. Siedacz abgehaltenen Versammlung über die für den November in Aussicht genommenen Kaufmanns- und Gewerbegelehrtswahlen, kam es zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- wie der Arbeitnehmerorganisationen zu dem Beschluss, die Wahlen, namentlich auch im Hinblick auf die hohen Kosten, ausfallen zu lassen.

Steuerungszulage für Beamte. Dem „Przeglad Wiecy“ zufolge hat der polnische Ministerrat beschlossen, den staatlichen Beamten eine besondere Steuerungszulage in Höhe von 15 v. H. des Oktobergehaltes am 1. November auszuzahlen.

Die Posener Industrie- und Handelskammer veröffentlicht in polnischen Blättern folgende Mitteilung: In Sachen des Export aus Polen nach den Vereinigten Staaten macht das Handelsministerium auf eine Reihe von Uebelständen aufmerksam. Die polnischen Kaufleute fordern von den amerikanischen Importeuren ständig zu hohe Preise, ohne mit den amerikanischen Preisen und der viel billigeren Konkurrenz, vor allem der deutschen, zu rechnen. Leider entspricht oft die aus Polen eingeführte Ware häufig nicht der Oefferte, was den betreffenden Firmen den Weg nach dem amerikanischen Markt verhindert. Die ausführenden Firmen sollten sich darüber klar sein, daß polnische Waren in Amerika noch nicht eingeführt sind und daß sie gut daran tun würden, im Anfang billige und bessere Ware zu liefern.

Ein Fußballwettkampf ist am letzten Sonntag zwischen 1. „Słala“ und dem Turnverein der 1. Jugendmannschaft „Sofol“ (Alstadt) ausgefochten worden. „Słala“ siegte mit Überlegenheit und gewann mit 4:3 (1:1). Von „Słala“ unterschieden sich besonders der Mittelflächer Evers und der linke Flügel Spychala. Schiedsrichter Witt war auf seiner Höhe.

Deutsche Vortragssveranstaltungen. Freitag, 7-8 Uhr: Polnisch für Anfänger (Woerterbuch), 8-10: Französisch für Anfänger (Gress). Sonnabend, 6-7: „Das deutsche Drama seit 1890“ (Szwarc). 7-9: Englisch für Fortgeschrittene (Gress). Sämtlich im Evangel. Vereinshaus. — Da über die Zeiten der englischen und französischen Sprachkurse im Publikum keine völlige Klarheit herrschte, wird nochmals mitgeteilt, daß der englische Kursus für Anfänger am Dienstag 8-10 Uhr stattfindet, der englische Kursus für Fortgeschrittene am Sonnabend 7-9 der französische Kursus für Anfänger am Freitag 8-10, der französische Kursus für Fortgeschrittene am Donnerstag 8-10.

Das Konzert des Bachvereins am Donnerstag, dem 2. November beginnt mit Bachs „Solomanie für Bariton“. „Ich will“ den Kreuzstab gerne tragen“ und bringt als Hauptstück „Brahms“ den lange nicht aufgeführten „Deutsches Requiem“ für Chor, zwei Solostimmen und Orchester. Den Schluss bildet Bachs „Kantate“ „Wachet auf, ruht uns die Stimme“ (Chor, Soli, Orchester). Es ist gelungen, für diese Aufführung das Orchester des Danziger

Stadttheaters und zwei namhafte Solisten zu gewinnen. Fräulein Maria Elisabeth Janzen aus Hamburg und den hier schon bekannten vorzülichen Baritonisten Professor Hermann Weissenborn aus Berlin. Zum Eintritt bereitstehende Programme mit Tey sind bei W. Gorski (früher Rose u. Pod) und in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung zu haben. Der Reinertrag ist für die Armen der Kirchliche bestimmt. — Es wird noch darauf hingewiesen, daß das Konzert plötzlich um 6½ Uhr beendet, daß aber die Türen erst um 6 Uhr geöffnet werden können. In der Zeit von 6 bis 6½ Uhr müssen sämtliche Blätter eingenommen werden. Es wird daher um pünktliches Erscheinen gebeten.

Großes Theater. Freitag: „Liebling“ (erste Aufführung dieser Spielzeit). Sonnabend: „Aida“ (Aida: Frau Kujawowska-Rzadowska; Amneris: Fr. Veneczewska; Madames: Herr Wolinstz). Sonnabendmittag: „Madame Butterly“. Sonnabendabend: „Konrad Wallenrod“.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein unternimmt am Sonntag, den 29. d. Mts., einen Ausflug nach Szczerzyn (Marienberg) und von da nach Karolopolis, Seerberg, Unterberg. Abfahrt: früh 8 Uhr 30 Minuten.

X Immer noch keine Spur von der seit 14 Tagen aus ihrer Wohnung in der ul. Woźna 18 (fr. Blütsitz) verschwundenen 68-jährigen unverheiratheten Schneiderin Małgorzata Słopsarska bat sich bisher zu finden lassen. Reder, der in der Tage ist, über die verschwundene irgendwelche Angaben zu machen, wird dringend gebeten,

X Wer ist der Eigentümer der Sachen? Einem in Ostrowo festgenommenen Einbrecherbaud wurden folgende, offen vor uns Einbruchsfähiger herstellende Sachen abgenommen: ein dunklesblauer Anzug, ein graues Sommerstoffweste, eine silberne Herrenuhr mit dem Buchstaben K, ein Stück weißgrauer Bartsch, zwei Stücke grauer Bart mit weißer Streifen, ein Stuntdrag, ein seidenes Taschentuch mit dem Buchstaben L, ein Bordeauxkleid mit gestickten Blumen aus der Brust, zwei weiße Blumen, eine weiße Bluse mit schwarzen Punkten und ein Stück rota grüner Bartsch. Da das Diebespaar sich in der Zeit von 7. bis 10. d. Mts. in Polen aufgehalten hat, so ist nicht ausgeschlossen, daß die Sachen hier gestohlen sind. Die Eigentümer können sich bei der hiesigen Kriminalpolizei oder bei der Staatsanwaltschaft in Ostrowo melden.

X Als Kirchhofstieb verhaftet wurde gestern ein gewisser Edward Jilmann, als er verschiedene Messingkästen, die er auf dem St. Paulifriedhof von einem Grabegräbnis gestohlen hatte, veräußern wollte.

X Beschlagnahmte Diesesheute. Einem jugendlichen Spitzbuben wurde gestern eine Mauerplatte, Kaliber 7,63 mm, Nr. 283941, der er eingestanden hat, einem Herrn gestohlen hat, abgenommen. Der Eigentümer kann sich im 6. Polizeikommissariat in der ulica Franciszka Ratajczaka (fr. Ritterstr.) melden.

Wähler in der Provinz!

Für Dich gilt am 5. November die Parole:

Liste 16!

*** Bromberg, 26. Oktober.** In der letzten Nacht wurde auf dem hiesigen Bahnhof eine Geldtasche mit 350000 Mark Gold gefunden. Der Inhaber kann sich aus der hiesigen Kriminalpolizei im ehemaligen Regierungsbau, Zimmer 70, melden.

*** Dirschau, 25. Oktober.** Die Beiseitung des Mittergutsbesitzers von Kriesz-M. Waczmirs gestern nachmittag unter äußerst zahlreicher Beteiligung auf dem dortigen Familien-Grabegräbnis statt. Am Trauerhause stand zunächst an der Pforte eine schlichte Trauerandacht statt. Hierauf folgte die Überführung zu dem im Walde gelegenen Grabegräbnis, wobei vor allem die volle Teilnahme der gesamten Angehörigen und Arbeiter beider Güter des Besitzers ins Auge fiel. Hier wurde der Sarz von zwölf Landwirten vom Wagen gehoben und zur Grube gebracht, wo die Waczmierz und Swarzschiner Kinder um Grabe sangen und Pastor Falkenberg sprach.

□ Tolzig, 26. Oktober. Ein neuer Gänsekiebstock ist in dem benachbarten Ostrowieczno beim Ansiedler Draheim am Tage verloren worden. Der Herr suchte sich eine sehr schwere Gans aus, ließ aber den noch schwereren, aber älteren Gänsen unberachtet, vermutlich weil er ihm nicht zart genug war. Von dem Dieb fehlt jede Spur.

*** Gostyn, 26. Oktober.** In der Nacht zum 16. d. Mts. wurde in Sikorina im hiesigen Kreise aus einem Stalle eine auf gepflegte 6jährige Schildkröte mit 1,60 Meter groß mit weitem Schwanz und der an der linken Holzseite eingebrochenen Nr. 674 U. im Werte von einer Million Mark gestohlen.

*** Graudenz, 25. Oktober.** Von einer sehr zeitig in den Norden und nach dem hiesigen Stadtpräsidium berichtet die „Wochenspost“: „Angesichts der häufig in letzter Zeit vorgenommenen Raubüberfälle auf öffentlichen Versammlungen hat der Herr Stadtpräsident verfügt, daß auf öffentlichen Versammlungen keine Stöde oder ähnliche Gegenstände, die zu tatsächlichen Angriffen benutzt werden können, mitgenommen werden dürfen. Zu widerhandlungen werden unnachgiebig strafft.“

*** Strasburg, 27. Oktober.** Der hiesige Postvorsteher Noeckel wurde der „Weichselpost“ aufzufolge am Donnerstag verhaftet, da er im Verdacht steht, Pakete nach Deutschland geändert zu haben.

*** Schwerin, 26. Oktober.** Die Zuckerfabrik Schwerin hat ihre Kampagne begonnen. Ein Teil der Rübenlieferanten aus der Stadtniederung liefern die Rüben auf dem Wasserweg. Andere Rübenbauer haben nach Culmsee und noch andere nach der Südpabrik Boguslaw abgeschlossen. Der Rübenvertrag ist gut.

*** Wirsitz, 24. Oktober.** Anfolge eines Betriebsunfalls im Kraatzwerk Niechowice hat das Elektrizitätswerk Wirsitz die Strombelieferung erheblich einschränken müssen. Es wurde im Laufe dieser Woche täglich eine Strecke bis 8 Uhr abends von der Strombelieferung ausgeschlossen. In etwa acht Tagen wird, nach Angaben der Direktor, die volle Strombelieferung wieder durchgeführt werden können.

△ Wongrowitz, 27. Oktober. Eine deutsche Wahlversammlung findet hier (in rundem Bauhaus) am Mittwoch, dem 1. November, nachmittags 2 Uhr statt.

Aus Kongresspolen und Galizien.

*** Warschau, 24. Oktober.** Über eine unglaubliche Brutalität berichtet die „Neue Lodzer Zeitung“. Dieser Tage ging die Schülerin der zweiten Klasse einer Lehranstalt, Irena K., aus der Schule und blieb vor einer photographischen Ausstellung an der Marsallowstraße Nr. 80 stehen. Dem Mädchen näherte sich eine große brünette Dame, zog die Kleine in ein Gespräch und gab ihr Zuderzeug. Nach dem Genuss der Süßigkeiten wurde dem Mädchen übel, es konnte kein Wort sprechen und fühlte sich schwach. Die Unbekannte führte das Mädchen noch dem Hauptbahnhof mit und löste Fahrkarten nach Grodzisk. Dort angelommen, ging sie mit dem Kind in den Wald und begann hier, es zu entkleiden. Sie räubte dem Kind den Mantel, Sweater, das Kleidchen, die Schuhe und sogar die Strümpfe, und ließ das Kind nur im Unterrock und barfuß zurück. Als die unglückliche Kleine zu weinen anfing, wurde sie von der „Dame“ ins Gesicht geschlagen. Die Verbrecherin nahm dem Mädchen noch die Schulbücher ab und entfernte sich. Es begann schon finster zu werden, als die Kleine barfußig bei dem Hause eines Bahnwärters bei Pruszkow anlangte und ihn um Hilfe bat. Der Bahnwärter benachrichtigte die Polizei in Pruszkow, die wiederum telefonisch die Warschauer Polizei von dem Vorfall in Kenntnis setzte. Die Warschauer Polizei benachrichtigte den Vater des Mädchens, der noch nachts nach Pruszkow fuhr und seine Tochter nach Warschau brachte. Die Mutterin blieb noch unermitelt.

Aus dem Gerichtssaal.

*** Bromberg, 26. Oktober.** Am Montag vormittag fand vor dem Friedensgericht des Kreisgerichts Bromberg in der Sagesache die Obersteuerin a. D. Graeve gegen den Stadtrat Milchert wegen Belästigung angestrengt hatte, öffentliche Verhandlung statt. Der Vorgang, der zu dieser Klage führte, war folgender: Obersteuerin Graeve hatte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Deutschen Schulvereins ein Grundstück in der Försterstraße kaufen wollen, um die seinerzeit durch die Maßnahmen des ehemaligen Stadtpräsidenten Lukowski auf die Straße gelebten Schulkinder unterzubringen. Der Kauf wurde von der städtischen Deputation ohne Angabe von Gründen abgelehnt, und als die Verkäuferin des Grundstückes sich an den Dezernenten in dieser Angelegenheit zu wenden, erhielt sie nach ihrer eidlichen Aussage die Antwort, daß der Kauf nicht genehmigt werden sei, weil Obersteuerin Graeve eine staatsgefährliche Persönlichkeit wäre. In der Verhandlung bestritt Graeve, diese Auskunft getan zu haben; demgegenüber stand die befehlte Aussage der Verkäuferin des Grundstückes. Obersteuerin a. D. Graeve führte in einem Bericht des Grundstückes, den Stadtrat Milchert, zur Kenntnis der Gründe für die Ablehnung wahrte, erhielt sie nach ihrer eidlichen Aussage die Antwort, daß der Kauf nicht genehmigt werden sei, weil Obersteuerin Graeve eine staatsgefährliche Persönlichkeit wäre. In der Verhandlung bestritt Graeve, diese Auskunft getan zu haben; demgegenüber stand die befehlte Aussage der Verkäuferin des Grundstückes. Obersteuerin a. D. Graeve führte in einem Bericht des Grundstückes, den Stadtrat Milchert, zur Kenntnis der Gründe für die Ablehnung wahrte, erhielt sie nach ihrer eidlichen Aussage die Antwort, daß der Kauf nicht genehmigt werden sei, weil Obersteuerin Graeve eine staatsgefährliche Persönlichkeit wäre. In der Verhandlung bestritt Graeve, diese Auskunft getan zu haben; demgegenüber stand die befehlte Aussage der Verkäuferin des Grundstückes.

Herr Milchert erklärte hierzu, daß er seines Erinnerns eine Auflistung dieser Art nicht gemacht habe, daß er das Mißverständnis aufhebe, und daß sodann zu Protokoll eine Erklärung unbedingt folgenden Inhalts: „Ich erkläre ausdrücklich, daß ich Herrn Obersteuerin Graeve nicht für einen staatsgefährlichen Bürger unseres Staates halte, und daß ich eine derartige Erklärung niemals gemacht haben will.“ Herr Milchert erklärte, daß er mit dieser öffentlichen Bekanntmachung auf die Beurteilung des Stadtrats Milchert, mit dem er sonst Differenzen nicht habe, nichts weiter anlegen sei. Damit fand die Verhandlung ihren Abschluß, nachdem der Vorsitzende seiner Freunde Ausdruck gegeben hatte, daß die Angelegenheit auf diese Weise beigelegt wor en w re.

Briefkasten der Schriftleitung.

Dr. B. B. I. Wir können in den beiden Antworten einen Widerspruch nicht erkennen. Der Moggenvwert ist unter keinen Umständen heut schon ein gesetzlich anerkanntes Zahlungsmittel. Ganz anders liegt der Fall, wenn zwischen beiden Kontrahenten die Zahlung des Honorars in Moggenvwerten ausdrücklich verabredet worden wäre, was heut schon in sehr vielen Fällen geschieht. Die einseitige nicht verabredete Moggenvwertforderung ist und bleibt ungesehlich. Der damalige Geldwert muß nach dem heutigen Kursstand umgerechnet werden. 2. Auch diese Antwort ist richtig.

H. M. In deutschem Gelde.

Feiertag. Als geheimer Feiertag gilt in der nächsten Woche allein der Mittwoch, Tag Allerheiligen. An ihm müssen die Geschäfte geschlossen bleiben usw.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Amtliche Notierungen der Posener Börse vom 27. Oktober 1922.

(Die Großhandelspreise verstiegen sich für sofortiger Waggons lieferbar.)

Weizen	44 000—46 000	Moggenvmehl 70 %	39 000—41 000
Roggen	26 000—27 000	Fräsenkleie	12 400
Braunerste	26 000—27 000	Moggenvkleie	12 400
Daten	24 500—25 500	Speisefarbstoffe	2 550
Weizengemehl 65 %	66 000—68 000	Fabrikkartoffeln	2 300

Bedeutende Konsumnachfrage bei kaum merkblichen Zusätzen; außerdem Wagenmangel. — Stimmung: steigend.

Posener Biermarkt vom